

AUSDRUCK

Das IMI-Magazin Ausgabe April 2009

ISSN 1612-7366

Inhaltsverzeichnis

Schwerpunkt Privatisierung des Krieges

Kevin Gurka

Die „neuen“ Söldner: Die „neuen Kriege“ und
die unsichtbare Hand der Kriegsökonomie 1

Friedensforschung auf Abwegen

Mechthild Exo

Interventionsforschung: Der SFB 700 will Lösungen
anbieten für den weltweiten Zugriff auf die Menschen
– und trifft auf Widerstand vor der eigenen Haustüre 10

Sarah Nagel

Fallstricke der Friedensforschung: Das Beispiel INEF 13

NATO-EU-Zusammenarbeit

Jürgen Wagner

Transatlantischer New Deal: Das US-Angebot auf der
Münchener Sicherheitskonferenz 15

Informationsstelle Militarisierung e.V.

Repression gegen Antikriegsaktivisten Tobias Pflüger 20

Tobias Pflüger

Verquastete Weltbilder und
EU-Militarisierungskataloge 21

Jürgen Wagner

Risiken und Nebenwirkungen:
Neoliberaler Kolonialismus und
NATO/EU-Aufstandsbekämpfung im Kosovo 23



Editorial:

Es fehlen nur noch wenige Tage bis zu den Protesten gegen den NATO-Gipfel in Straßburg und Baden-Baden.

Wir waren in den letzten Wochen auf vielen Mobilisierungsveranstaltungen, haben über die NATO referiert und viele Menschen kennen gelernt, die alle mit vielen Ideen die Proteste vorbereiten. Daher wissen wir: es wird in jedem Fall ein bunter, lustiger und erfolgreicher Protest werden.

Im Vorfeld werden Repressionen angekündigt, die Demonstration in Straßburg am 4. April ist jetzt – zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Ausdrucks – immer noch nicht genehmigt, die Demoroute demnach auch noch nicht festgelegt. Dass es keine Zusä-

gen gibt, dass verkündet wird, zahlreiche „Chaoten“ würden erwartet, auf die entsprechend reagiert würde, dass die Bewohner in den so genannten Sicherheitszonen in Kehl und Baden-Baden unter Hausarrest gestellt werden sollen – die Ankündigung dieser ganzen Palette an Repressionen soll uns alle abschrecken. Aber wir lassen uns natürlich nicht davon abhalten, gegen die NATO und den Gipfel zu demonstrieren.

Erfreulich ist auch die starke Nachfrage nach unserer Broschüre „Kein Frieden mit der NATO“.

Bisher haben wir mehr als 1500 Exemplare verschickt, weit mehr als wir erwartet hatten.

In dieser Ausgabe des AUSDRUCKS werden sich einige Artikel ebenfalls mit dem Thema NATO beschäftigen, wobei es vor allem um die Zusammenarbeit von NATO und EU geht. Auch wenn das Thema NATO unsere Arbeit derzeit dominiert, liegt der Schwerpunkt dieses Heftes auf Privaten Militär- und Sicherheitsfirmen.

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen und bei den Protesten in Straßburg, Baden-Baden oder sonst wo.

Die Redaktion

Impressum

Der **AUSDRUCK** wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. Tübingen.

Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisation, Jürgen Wagner, Christoph Marischka (verantwortlich), Michael Haid, Andreas Seifert (Layout).

Erscheinungsweise: Der **AUSDRUCK** erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

Druck: Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

Bezugsbedingungen: Mitglieder und Förderer der Informationsstelle Militarisation erhalten den **AUSDRUCK** kostenlos (ab einem Beitrag von 5 Euro im Monat). Im Jahresabo (6 Hefte): 20 Euro bzw. Förderabo 35 Euro.

Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisation e.V., Hechingerstr. 203, 72072 Tübingen.

Bildnachweise: S.3, WaffenEurosatory 2008 Flickr: duvalmickael50; S.4, Flickr: Philippe Leroyer; S. 7, Flickr: Jamesdale10; S. 14, Nomos; S. 16, 20, UmrBuch Bildarchiv, Thomas Trüten; S. 17, 18, Sicherheitskonferenz München; S. 22, www.arivatanen.com; S. 24, 25, NATO-Video .

Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe:

Jürgen Wagner und Tobias Pflüger sind IMI-Vorstandsmitglieder. Kevin Gurka ist IMI-Mitglied. Mechthild Exo ist Konfliktforscherin und antimilitaristische Aktivistin. Sahra Nagel ist Praktikantin der Informationsstelle.

Spenden-Information

Die Informationsstelle Militarisation ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge, bzw. Förderbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen. Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unser Spendenkontonummer ist:
1662832 bei der Kreissparkasse Tübingen
(BLZ 641 500 20)

Die Adresse der Informationsstelle:
Informationsstelle Militarisation e.V.
Hechinger Str. 203
72072 Tübingen

Telefon: **07071/49154**
Fax: **07071/49159**
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de

Die „neuen“ Söldner

Die „neuen Kriege“ und die unsichtbare Hand der Kriegsökonomie

von Kevin Gurka

Einleitung

Söldner spielten in der Antike, in den griechischen Stadtstaaten und im persischen Königreich, in den italienischen Stadtstaaten der Renaissancezeit, im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg und im Dreißigjährigen Krieg eine gewichtige Rolle.¹ Erst im 19. Jahrhundert setzten sich staatliche Armeen durch und das Söldnerwesen trat in den Hintergrund. Der Westfälische Frieden 1648 und Oliver Cromwells „New Model Army“ legten den Grundstein für diese Entwicklung, die für Europa ihren Höhepunkt im Ersten und Zweiten Weltkrieg fand und bis zum Ende des Kalten Krieges anhielt. Mit dem Ende des Kalten Krieges erfolgte eine Reform des staatlichen Militärwesens. Die Aufgabe des Militärs liegt seither nicht mehr in der Landesverteidigung gegen feindliche Armeen, sondern in der globalen Intervention zur Abwehr diffuser Bedrohungen. Damit einhergehen tief greifende Reformen der Streitkräfte.

Seit Anfang der 1990er Jahre wird das staatliche Gewaltmonopol zunehmend aufgeweicht. Militärische und sicherheitsrelevante Aufgaben werden immer häufiger an Private Sicherheits- und Militärfirmen (PSCs und PMCs) ausgelagert und durch diese ergänzt. Das Ende des Kalten Krieges brachte nicht nur eine Vielzahl arbeitsloser Soldaten und Geheimdienstmitarbeiter. Auch Reformen und Transformationen europäischer Armeen, die Hand in Hand mit der Ausgliederung von Militär(unterstützungsaufgaben)gingen, trugen erheblich zum Aufschwung von PMCs bei.

Die Unterstützung staatlicher Kriegsführung durch private Anbieter ist kein neues Phänomen. Lediglich das Maß und das Spektrum haben seit Ende des Kalten Krieges wieder enorm zugenommen.² „Bereits für den Zweiten Weltkrieg war eine Unterstützung seitens des privaten Sektors üblich. Die vorrangige Aufgabe der Unternehmen belief sich auf einfache logistische Unterstützung sowie Transport und medizinische Dienstleistungen [...]. Als sich der Vietnamkrieg entfaltete, begann sich die Rolle der Auftragnehmer zu verändern. Die zunehmende technische Komplexität militärischer Ausrüstung und Geräte zwang die US Streitkräfte, auf private Auftragnehmer als technische Spezialisten [...] zurück zu greifen.“³

Ursache für diese Entwicklung ist das staatliche Interesse, kostengünstiger und verdeckter zu agieren und das private Unternehmertum zu fördern. Hinzu kommen Wille und Fähigkeit privater Militärfirmen, sich dieser veränderten Form der Kriegsführung angepasst zu haben. Begleitet wird diese veränderte Form der Kriegsführung von einem ständig wachsenden Markt für Sicherheit.

Münkler und Kaldor sprechen von den „neuen Kriegen“, deren Dauer und geringe Intensität durch die Kriegsökonomie bedingt sei. Diese sei letztendlich der eigentliche Motor dieser Kriege. Der Profit durch den Krieg sei zu hoch, als dass es sich lohne, Frieden zu schließen.⁴ Auch wenn Münkler und Kaldor den Aspekt der Kriegsökonomie ausführlich beschreiben, so tun sie dies nur bezüglich lokaler Milizen, Rebellengruppen und lokaler Kriegsherren, nicht aber für ein weit einträglicheres Feld – das Kriegsgeschäft der PMCs und PSCs.

Weite Beachtung in der Literatur und im öffentlichen Diskurs fanden bislang lediglich die Einsätze und Einsatzgebiete von PMCs und PSCs. Der Fokus der Untersuchung war auf die so genannte Dritte Welt gerichtet, nur selten auf die liberalen Demokratien des Westens. Diese sind aber letzten Endes die Länder, in denen die Firmen beheimatet sind, einen Großteil ihrer Mitarbeiter rekrutieren und einen Großteil ihrer Aufträge erhalten. Dr. Elke Krahnmann, vom Institut für Politikwissenschaft der Universität in Bristol, nennt zwei Gründe, warum ein Fokus auf die Länder westlich liberaler Demokratien wichtig sei: „Erstens, [...] ist die große Mehrheit privater Militärfirmen nicht nur in Europa und Nordamerika niedergelassen, sondern auch von Regierungen der industrialisierten Länder angestellt. Zweitens, während es die Entwicklungsländer sind, die am meisten von den Problemen bedroht sind, die durch den Gebrauch Privater Militärfirmen entstehen, sind es die Regierungen der industrialisierten Länder, die am besten dazu geeignet sind, diese zu regulieren.“⁵

Alte und „neue Söldner“

Was eine PMCs und was eine PSCs ist, ist nicht eindeutig definiert. Meist ergibt sich eine Definition aus den Aufgabengebieten der Firmen.⁶ Allerdings ist eine Abgrenzung

zwischen PMCs und PSCs oft schwierig und künstlich, da sich ihre Aufgabengebiete überlappen. Zivile Firmen versuchen im militärischen Bereich Absatzmärkte zu erschließen, während es bezüglich der von PMCs übernommenen Aufgaben oft nicht mehr klar erkennbar ist, ob diese zum zivilen oder noch zum militärischen Bereich gehören. Beispiele hierfür sind die Minenräumung und die Bewachung militärischer oder ziviler Objekte in Kriegsgebieten. Nicht selten finden sich auch Firmen, deren Hauptgeschäftsfeld sich im zivilen Bereich befindet, deren militärische Dienstleistungen aber von einer Tochterfirma ausgeführt werden. Eine besondere Rolle nimmt die Rüstungsindustrie ein. Zum einen arbeitet sie eng mit staatlichem und privatem Militär zusammen, zum anderen profitiert gerade sie, als „ziviler Akteur“ von einem vermehrten und zunehmend hochtechnisierten Rüstungsbedarf. Vor allem für England und die USA ist eine trennscharfe Unterscheidung zwischen Angestellten der Rüstungsindustrie und Kriegsteilnehmern nicht immer möglich. Das englische Verteidigungsministerium verlangt, dass Rüstungsfirmen, die staatliche Aufträge erhalten, „gesponserte Reservisten“⁷ zur Verfügung stellen. Die Wartung und Bedienung von Geräten kann auch im Kriegsgebiet erfolgen. „US-Streitkräfte griffen auf zivile Angestellte zurück um Computersysteme zu bedienen, die taktische Luftaufnahmen für das ‚Combined Air Operations Center‘ während der ‚Operation Iraqi Freedom‘ lieferten. Und die US Navy war auf zivile Angestellte angewiesen, die halfen die ‚guided missile defence systems‘ auf einigen seiner Kriegsschiffe zu bedienen.“⁸ Das Spektrum an Aufgaben, die private Sicherheits- und Militärfirmen anbieten, ist sehr breit angelegt (siehe Kasten). Es reicht von der direkten Teilnahme an Kämpfen, bis hin zur Ausbildung regulärer Soldaten. Auch Größe und Struktur von PMCs ist sehr unterschiedlich: Von kleinen und marginalen sowie virtuellen Firmen mit einer Personaldatenbank⁹, bis hin zu großen Firmen mit zehntausenden Angestellten, Flugzeugen, Kampffjets, Schießanlagen und Kompanien.

Die UN-Söldnerkonvention¹⁰ verbietet das Söldnertum. Allerdings ist die Definition des Söldners so eng gefasst, dass die Angestellten von PMCs/PSCs nicht darunter fallen. Trotz dieser Unschärfe wird zwischen altem und neuem Söldnertum unterschieden. So schreibt Michael Pesendorfer, im TRUPPENDIENST, einem Organ des Österreichischen Bundesheers: „Waren es kurz nach dem Zweiten Weltkrieg noch Einzelkämpfer oder kleine

Aufgabenspektren von PMCs

Im Programm sind direkte Kampfteilnahme, Beratung und Ausbildung von Polizei und Militär, technische Unterstützung bei Einsätzen sowie Unterricht an Universitäten¹. Informationsgewinnung, elektronische und psychologische Kriegsführung, Spionageabwehr (meist für Wirtschaftsunternehmen), Bereitstellung relevanter Informationen (bspw. über Personen und Firmen) und Aufklärung in Krisengebieten. Logistik (Wasseraufbereitung, Errichtung von Camps und Flüchtlingslagern, Essensversorgung), das Betreiben von Gefängnissen², Objekt-³, Personen-⁴ und Transportschutz, Grenzüberwachung⁵, Radarüberwachung, Bewachung von Waffentestgebieten, Übungsgeländen und Kernkraftwerken⁶. Schutz von Minen und Ölfeldern⁷, Drogenbekämpfung, Sicherung von Großveranstaltungen, Anti-Terrorausbildung, Entwicklung und Beschaffung von Waffensystemen, Ausbildung und Schulung an diesen sowie deren Pflege und Betrieb durch firmeneigenes Personal. Entwicklung von Computerprogrammen zur nachrichtendienstlichen Überwachung und Schulung an diesen. Errichtung und Betrieb von Stützpunkten und Beratung von Wirtschaftsunternehmen in Krisengebieten.

In einigen Fällen gehört auch die Überwachung und Koordination anderer, kleinerer PMCs zum Aufgabengebiet einer PMC, wie beispielsweise der Auftrag von Aegis Defence im Irak.

Anmerkungen

¹ MPRI übernahm in den USA das Ausbildungsprogramm vom Reserveoffizierscorps an über 200 Universitäten.

² Beispiele sind das Abu Ghraib Gefängnis, das von Blackwater betrieben wurde, aber auch die Bewachung von Gefangenen in Abschiebehäft in Rottenburg wird von einer PSC übernommen.

³ Das Spektrum reicht von Botschaften hin zu Ölfeldern und Minen. Bei letzteren sind direkte Kampfhandlungen oft Teil des Programms. „Sicherheitsdienstleister wie Securitas, Kötter Security oder Securicor bewachen in ganz Deutschland Flughäfen und Bahnhöfe, militärische Anlagen, Gefängnisse und Kernkraftwerke.“ http://www.boeckler.de/163_20649.html

⁴ DynCorp stellt die Leibwache von Hamid Karzai.

⁵ DynCorp überwacht die Grenze zwischen Mexiko und den USA.

⁶ Dyn Corp bewacht Waffentestgebiete des Pentagon und die Air Force One des Präsidenten. Wackenhut bewacht Kernkraftwerke und Gefängnisse in den USA, Australien und GB.

⁷ Defence System Ltd (DSL) schützte BP in Kolumbien.

Gruppen, die vor allem in Afrika ihr Handwerk ausübten, schlossen und schließen sich seit dem Ende des Kalten Krieges die ‚neuen Söldner‘ häufig in Unternehmen bürgerlichen Rechts zusammen und stehen weltweit für Einsätze zur Verfügung.“¹¹

In der Österreichischen Militärischen Zeitung formuliert Georg Weingartner den Unterschied zwischen Söldnern und PMCs folgendermaßen: „Von Söldnern im engeren Sinn unterscheiden sich PMCs jedoch grundsätzlich dadurch, dass sie bis dato praktisch ausschließlich für offizielle, im völkerrechtlichen Sinn legitimierte Regierungen, nicht aber für inoffizielle bewaffnete Gruppierungen oder Private tätig wurden. [...] Schließlich bieten auch die unterschiedlich gearteten Finanzierungs- und Organisationsstrukturen von Unternehmen der Sicherheitsindustrie und Söldnern Ansatzpunkte für eine Differenzierung. Während Söldner im engeren Sinn zumeist verdeckt angeheuert sowie auf einer Ad-hoc-Basis organisiert und bezahlt werden, handelt es sich bei PMCs um Unternehmen, die in ihrem Sitzstaat rechtmäßig im Firmenbuch eingetragen sind.“¹²

Auch wenn es sich bei den Angestellten im allgemeinen Verständnis um Söldner han-

delt, sind sie nicht als solche definiert und werden nicht über die UN-Konvention verboten. Die veränderte Situation nach dem Ende des Kalten Krieges und Dank eines freien Unternehmertums sind vielmehr die neuen Söldner in einer Position, in der ihr Zusammenschluss zu einem Unternehmen bürgerlichen Rechts an der Börse gehandelt wird.

Angestellte bei PMCs

Um in einem Land dauerhaft Frieden zu schaffen, so die allgemeine Überzeugung, müssten den Menschen, die nur das Kriegshandwerk erlernt hätten, zivile Alternativen geboten werden, um den Aufbau in diesen – oftmals besetzten – Ländern voranzutreiben. Dass aber neben den zivilen Alternativen der Markt für das Geschäft mit dem Krieg immer noch sehr groß ist, liegt nicht zuletzt an der militärischen Besatzung dieser Länder. Im Irak und in Afghanistan greifen PMCs oft auf die lokale Bevölkerung als Arbeitskräfte zurück. In Afghanistan werden bspw. Bundeswehrcamps von einheimischen Milizen bewacht. Dies hat für die Bundeswehr nicht nur den Vorteil, dass diese kostengünstiger arbeiten als westliche Sicherheitskräfte und eventuelle Verluste

nicht in den eigenen Reihen zu verbuchen sind, sondern dass sich die Gefahr von Anschlägen verringert, wenn diese Milizen in Lohn und Brot westlicher Auftragsgeber stehen.

Aber nicht nur die ärmsten Länder der Welt sind von Kriegen gezeichnet und Heimat vieler arbeitsloser Soldaten, auch die ehemaligen Kontrahenten des Kalten Krieges beherbergen seit seinem Ende aber tausende, nicht mehr in staatlichem Sold stehende Soldaten, deren Eingliederung in die zivile Wirtschaft nur schwer möglich ist. Dies liegt nicht alleine an der schlechten wirtschaftlichen Lage, sondern auch daran, dass soldatische Ausbildung kaum auf dem zivilen Markt Verwendung findet.¹³

Neues Betätigungsfeld für die ehemaligen Soldaten ist nicht mehr wie früher das klassische Söldnertum, sondern die Gründung oder Beschäftigung bei einer privaten Sicherheits- oder Militärfirma.

Dies hat für die Auftragnehmer¹⁴ mehrere Vorteile: Erstens ist die Arbeit für eine PSC oder PMC formal legal, zweitens ist ihr rechtlicher Status und somit die Frage nach der Verantwortung für Vergehen nicht eindeutig geregelt. Beispielsweise können Mitarbeiter einer PMC im Irak nur schwer für ihre Vergehen haftbar gemacht werden. Und drittens übernehmen diese Firmen oftmals auch die Kranken- und Lebensversicherungskosten für ihre Angestellten. Die „besseren“ Arbeitsbedingungen und die hohen Verdienstmöglichkeiten, die insbesondere Mitglieder ehemaliger Spezialeinheiten für ihre Einsätze erhalten, sind ein großer Anreiz, für eine PSC oder PMC in Krisen- und Kriegsgebieten zu arbeiten – dies ist jedoch nicht immer unproblematisch. Der Sold übersteigt den Sold regulärer Soldaten um das Drei bis Vierfache. Dies kann zu Neid führen, wie die Misshandlung von 19 inhaftierten Angestellten der Firma Zapata Engineering auf einem US-Stützpunkt bei Falludscha durch Marines der US-Armee zeigt.¹⁵

Ein noch eindrücklicheres Beispiel, welches das potentielle Spannungs- und Konkurrenzverhältnis zwischen staatlichem Militär und PMCs verdeutlicht, ist die Affäre um Sandline International, deren Angestellte bei ihrer Landung auf Papua Neuguinea im Jahre 1997 von der staatlichen Armee, mitsamt ihrer Ausrüstung, festgesetzt wurden. Sandline International wurde für US\$ 36 Millionen engagiert, um die Minen in Bougainville von Aufständischen zu befreien – der vereinbarte Lohn für diesen Auftrag überstieg das jährliche Budget der Armee um 150% und führte letztlich zum Rücktritt des Premierministers Chan.¹⁶

Auch Ausbilder der britischen Armee beschwerten sich, dass mittlerweile mehr ausgebildete Soldaten der Spezialeinheit Special Air Service (SAS) für PMCs arbeiteten als für die britische Armee selbst. So finden viele ehemalige SAS und SBS (Special Boat Service) Soldaten, wie auch in Russland ehemalige Angehörige der Spezialeinheit Speznats, eine Anstellung bei einer PSC oder PMC.

„Der Wettbewerb um Elitetruppen für PMCs im Irak ist mittlerweile so hart, dass das ‚US Special Operations Command‘ neue Zahlungen, Vorteile und Fortbildungsanreize formulierte, um diese im staatlichen Militär zu halten. In Großbritannien veranlasste dies die Armee dazu, ihren Soldaten ein Sabbatjahr anzubieten [...]“¹⁷

Nicht nur Elitesoldaten auch ehemalige Geheimdienstmitarbeiter und Generäle sind gerne gesehene Mitarbeiter bei PSCs und PMCs. Auch in Russland boomt der Markt für PMCs und vor allem für PSCs in denen ehemalige KGB-Mitarbeiter eine Beschäftigung finden. Anders als in vielen zivilen Bereichen der Wirtschaft wird die Ausbildung dieses hochqualifizierten Personals (Generäle, Geheimdienstmitarbeiter, Piloten, etc.) komplett vom Staat finanziert und somit das Geschäft mit dem Krieg für PMCs indirekt subventioniert. Ein weiterer enormer Vorteil für PMCs ist die Kampferfahrung ihrer Angestellten. Viele einstmals bei Executive Outcomes angestellten Söldner, stammten „noch aus Südafrikas Terror-, Mörder- und Zerstörungseinheiten wie der 44. Parachute-Brigade, den Reconnaissance-Commandos [...] dem Söldner-32-Buffalo-Battalion, Koevoet oder aus der Todesschwadron Civil-Cooperation-Bureau (CCB)“¹⁸

Im Zuge dieser Entwicklungen ist davon auszugehen, dass mit der zunehmenden „Auslandserfahrung“ deutscher Soldaten, auch deutsche PMCs eine zunehmend größere Rolle spielen werden.¹⁹ Ein eindrückliches Beispiel für diese Entwicklung zeigt das deutsche Unternehmen „Praetoria-Beratung, Full Service Provider und Sicherheitspartner im Irak und weltweit“. Auf der Internetseite des Unternehmens heißt es: „Gemeinsam mit Praetoria im Irak zum wirtschaftlichen Erfolg! Joint Venture Irak: [...] Durch unsere langjährige Präsenz im Irak können wir Ihnen einen großen Teil der Lasten, die mit Auslandsengagements verbunden sind, abnehmen. Die Erfahrung der letzten Jahrzehnte zeigt, dass Unternehmen die Schwierigkeiten beim Markteintritt in fremden Kulturräumen häufig erheblich unterschätzen. Dies trifft in Regionen mit schwacher Staatlichkeit und defizitärer Infrastruktur in besonde-

rem Maße zu, wenngleich gerade dort das Marktpotential häufig überproportional häufig ist.“²⁰

Seit Juni 2008 sucht das Unternehmen nach qualifiziertem Personal. Gesucht werden „Sicherheitspezialisten, die Erfahrung und einschlägige Qualifikationen in Luft- und Flughafensicherheit mitbringen (aviation security) (Einsatzgebiet: Irak)“ und „Spezialisten für maritime Sicherheit (Einsatzgebiet: Irak)“. Einstellungskriterien sind u.a. mindestens 6

Jahre Dienstzeit in einer NATO- oder westlichen Armee oder gleichjährige Dienstzeit bei entsprechend ausgebildeten Polizeieinheiten (BGS bzw. Bundespolizei) und Auslandserfahrung in einem Krisengebiet²¹

In welchem Umfang deutsche Interessenvertreter den Irak als Agitationsfeld für sich entdeckt haben, ist eindrucksvoll auf der Internetseite des Projektes „Aufbau Irak Rekrutierungsprogramm, eine Initiative der deutschen Industrie zum Aufbau des Irak“ einzusehen.²²

Die Rüstungsindustrie

Genährt wird das Geschäft mit dem Krieg nicht nur durch ehemalige Söldner, Soldaten, nachrichtendienstliche Mitarbeiter und ehemalige Polizisten, die sich in PMCs organisieren, sondern auch durch eine zivile Industrie, die ihr militärisches Standbein entdeckt hat und versucht durch die Diversifizierung ihres Produktangebots über den Krieg mitzuverdienen. Dies soll im Folgenden am Beispiel acht deutscher Firmen verdeutlicht werden. Wie die in Ostfildern angesiedelte Firma Telerob GmbH²³ auf ihrer Internetseite schreibt, sei von 2002-2008 ein Plus in Umsatz, Aufträgen, Mitarbeitern und ausgelieferten Systemen zu verzeichnen. Durch eine Kooperation mit Kuchera Defense Systems erhofft sich die Firma, neben den britischen Streitkräften nun auch das amerikanische Militär als Kunde zu gewinnen. Für viele private Anbieter von Sicherheit bleiben bezüglich der auf dem Markt erhältlichen Ausrüstung kaum noch Wünsche offen. Einen besonders guten Überblick über das Spektrum an Angeboten und Anbietern bieten so genannte Sicherheitsmessen²⁴, so wie die Internetseite <http://www.worldsecurity-index.com>. Das Spektrum an Angeboten seitens der Rüstungshersteller ist genauso breit und oft deckungsgleich mit dem Aufgabenspektrum privater Sicherheits- und



Großkalibrige Schusswaffe mit Verkäufer in Anzug, Eurosatory 2008, Paris

Militärfirmen. Auch die Angebote sind sehr ähnlich. Früher überwog das Angebot von Produkten, heute geht der Trend, sowohl bei PMCs als auch bei Rüstungsfirmen zur Ausbildung von Sicherheitskräften. Die Wiesbadener Firma Smiths Detection²⁵ hat sich auf die Entwicklung von Systemen zur Erkennung von Waffen und Sprengstoffen, chemischen und biologischen Waffen spezialisiert. Sie wirbt auf ihrer Internetseite mit dem Schutz von kritischer Infrastruktur, Häfen, Grenzen und dem Schutz von Streitkräften und militärischen Standorten. Auch für Regierungseinrichtungen und private Gebäude bietet die Firma ihren Schutz an. Die Neustädter Firma Sim Security & Electronic Systems GmbH²⁶ ist Hersteller für Überwachung und Sicherheitstechnik und bietet ihre 20-jährige Erfahrung Behörden, Polizei und Sicherheitsdiensten an. Im Angebot sind Trainingskurse im Bereich der Überwachung und unbemannte Luftfahrzeuge, so genannte Drohnen. Die Scharmbecker Firma Project Support Vehicles GmbH²⁷ bietet gepanzerte Fahrzeuge an. Eigenen Angaben zufolge gehören zu den Kunden auch namhafte Privatsicherheitsfirmen.²⁸ Die Münchner Firma GTEN Division²⁹ widmet sich der elektronischen Überwachung unter der Formel „Intelligence for a better world“. Zu ihren Produkten gehören Geräte zur Aufzeichnung von IP-Daten, Programme zum Herausfiltern und Weiterleiten von Emails. Das Abhören erfolgt passiv, also für die zu überwachende Person unbemerkt. Die Firma bietet Schulungen in den Bereichen Defense, Hacking, IT-Recht und IT-Security an. So wie der Gründer der PMC Executive Outcomes, Eben Barlow, Ende der 1980er Jahre Afrika als Geschäftsfeld für „Sicherheitsdienstleistungen“ entdeckte, tut dies 28 Jahre später auch die schwäbische Firma Kärcher Futurtech, die ihre Produkte als „World Market Leader Systems for Peacekeepers“ bewirbt.



„Controle des Armes“: Demonstranten, die vor der Waffenausstellung Eurosatory 2008 darauf hinweisen, dass täglich 547 Kinder durch Waffen sterben, werden von der Polizei an den friedlichen Protesten gehindert.

Auf ihrer Internetseite lässt die Firma verlauten: „Südafrika und Gambia: Es rührt sich etwas auf dem schwarzen Kontinent“.

Zwei weitere deutsche Firmen, die erheblich am Geschäft mit dem Krieg verdienen, sind EADS und Heckler & Koch. Alleine der Bereich Defence & Security, mit 22.000 Mitarbeitern erbrachte EADS für das Geschäftsjahr 2007 einen Umsatz von € 5,5 Milliarden, der Auftragsbestand lag nach firmeneigenen Angaben bei ca. € 17 Milliarden.³⁰ Heckler & Koch produzieren vor allem Kleinwaffen, die Roman Deckert, Kleinwaffen-Experte im Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit (BITS), als „Massenvernichtungswaffen“ bezeichnet. „Die massenhafte Verbreitung automatischer Gewehre ist in diesen Krisenregionen [der so genannten Dritten Welt] ein entscheidendes Hindernis für Frieden. [...] Hierzulande denkt man in diesem Zusammenhang vielleicht zuerst an die Kalaschnikow und das amerikanische M16-Gewehr mit seinem prägnanten Design. Das zweithäufigste Mordinstrument in jenen Ländern ist jedoch das G3-Sturmgewehr von Heckler & Koch (H&K) aus Oberndorf am Neckar.“³¹ Gerade im Südsudan sei das G3 die am zweithäufigsten verbreitete Waffe. Gleiches gelte auch für den Krieg in Darfur und für die angrenzenden Regionen. Nach Erkenntnissen des renommierten Regionalexperten Alex de Waal soll das Wort „G3“ sogar Bestandteil des Namens Janjaweed sein³² – jener Reitermilizen, die im Auftrag Omar al Bashirs für den Völkermord in Darfur verantwortlich sein sollen.

Regulierung und Privatisierung von Sicherheit in liberalen Demokratien

Angesichts der Tatsache, dass das Geschäft mit dem Krieg auch immer ein Geschäft mit dem Tod ist, muss dieser ständig wachsende Markt für Hersteller von Rüstungsgütern und für private Anbieter von Sicherheit

und Militärdienstleistungen – entgegen jeglicher liberaler Wirtschaftsdoktrin – die Frage nach der Kontrolle dieses Wirtschaftsbereiches aufwerfen.

Während von vielen Staaten die Notwendigkeit einer Regulierung des Söldnerwesens anerkannt wird – was nicht zuletzt in der UN Resolution 44/34 von 2001 ihren Ausdruck findet –, ist es schwierig, allgemeinverbindliche Regelungen auf internationaler Ebene zu finden, die der Geschäftstüchtigkeit von PMCs und PSCs gerecht werden.

„Es ist unklar, welche Gesetze bezüglich der privatisierten Militär- und Sicherheitsindustrie anzuwenden sind. Ein großes Problem ist der ungeklärte legale Status von PMCs und PSCs bezüglich existierender internationaler Verträge, die für Konflikte und Kriege relevant sind. Dies ist teilweise deswegen so, weil alle Strukturen der Diplomatie und internationaler Anerkennung auf den Staat als Grundpfeiler des Internationalen Rechts und der Internationalen Beziehungen ausgerichtet sind. [...] Auftragnehmer fallen nicht unter die so eng definierten internationalen Gesetze, die das Söldnerwesen betreffen.“³³

Somit agieren PMCs international in einer rechtlichen Grauzone. Besonders deutlich wird dies an der Frage, ob es sich bei ihren Angestellten um Kombattanten oder um Nichtkombattanten handelt. Nach der vierten Genfer Konvention handelt es sich bei ihnen nicht um Nichtkombattanten, da sie Waffen tragen und im Auftrag einer Regierung arbeiten. Es handelt sich der dritten Genfer Konvention zufolge jedoch auch nicht um Kombattanten, da sie weder reguläre Uniformen tragen noch einer militärischen Befehlshierarchie unterliegen.³⁴

Aufgrund dieser rechtlichen Grauzone auf internationaler Ebene und der Nichtanwendbarkeit der engen Definition des Söldnerwesens ist es notwendig, das Geschäft dieser privaten Kriegakteure

nationalstaatlich zu regulieren. Diese Regulierung kann auf unterschiedlichen Ebenen stattfinden: Einerseits kann der Staat das Geschäft mit dem Krieg durch gesetzgebende Rahmenbedingungen für die Operation und den Export privater Militärdienstleistungen regulieren. Eine weitere gesetzliche Maßnahme ist die Lizenzierung von Waffen- und Dual-Use Exportgütern. Eine mögliche Option dabei ist, dass nationales Recht für Staatsbürger weltweit seine Anwendung findet, so dass Waffenverkäufe strafrechtlich verfolgt werden können, egal in welchem Land sie getätigt wurden. Im Folgenden werden die Regulierungsansätze für PMCs auf nationalstaatlicher Ebene in den USA, Südafrika, Großbritannien und Deutschland erläutert.

In den USA sind Waffenverkäufe durch das US-Waffenexportgesetz von 1968 geregelt. 1980 wurde eine Zusatzklärung verabschiedet, die den Export militärischer Dienstleistungen regelt. Demnach ist der Export militärischer Dienstleistungen in Länder, die entweder unter US-Embargo stehen oder deren Belieferung die nationale Sicherheit der USA gefährden könnte verboten. Der Export in Länder, die der USA nahe stehen, bspw. NATO-Staaten, ist von Beschränkungen ausgenommen. US-Bürger, die Waffen und militärische Dienstleistungen exportieren möchten, sind dazu verpflichtet, sich beim US State Department registrieren zu lassen. Sollte ein Export den Wert von US\$ 50 Millionen überschreiten, so muss der Kongress darüber in Kenntnis gesetzt werden. Es ist aber möglich, Aufträge aufzusplitten, so dass dieser Grenzwert nie erreicht wird.

Prinzipiell ist es PMCs möglich, ihre Dienste ohne staatliche Lizenz ins Ausland zu verkaufen. Dies wird durch ein spezielles Programm des US State Departments ermöglicht.³⁵ Die PMC wird dabei direkt vom Pentagon bezahlt. Die dem Pentagon entstandenen Kosten wiederum werden

von dem Staat beglichen, der die Dienste der PMC in Anspruch nimmt.³⁶

Aufgrund seiner unmittelbaren Erfahrungen mit Executive Outcomes ist Südafrika das Land mit dem striktesten und am besten ausgearbeiteten Gesetz zur Regulierung des Söldnerwesens und der Geschäftstätigkeit von PMCs und PSCs. Südafrika verabschiedete 1998 ein Gesetz zur Regulierung ausländischer Militärunterstützung (FMA).³⁷ Trotz seiner relativ klaren inhaltlichen Position fand das Gesetz nur selten Anwendung. Aufgrund einer Reihe von Ereignissen, der Zunahme britischer und amerikanischer PMCs, die südafrikanische Staatsbürger beschäftigen, bspw. im Irak oder in Afghanistan und der vereitelte Staatsstreich in Äquatorial Guinea, führten dazu, dass das FMA 2007 durch das „Gesetz zum Verbot von Söldnertätigkeiten und zur Regulierung bestimmter Tätigkeiten in Ländern in denen ein bewaffneter Konflikt stattfindet“ abgelöst wurde.³⁸

In der Erklärung des Verteidigungsministers zur Verabschiedung des neuen Gesetzes heißt es:

„Obwohl das FMA von 1998 längere Zeit seine Anwendung fand, wurden relativ wenige Strafverfolgungen aufgrund des Gesetzes eingeleitet. In Fällen, in denen ein Schuldspruch folgte, erfolgte dieser meist aufgrund einer Absprache zwischen Anklage und Verteidigung.“³⁹

Das neue Gesetz wurde zwar schon am 29. August 2006 vom südafrikanischen Parlament mit 211 zu 28 Stimmen beschlossen. Vom Präsidenten Thabo Mbeki unterzeichnet - und damit rechtskräftig - wurde das Gesetz aber erst am 12. November 2007.⁴⁰ Diese Verzögerung ist u.a. mit den Bemühungen des britischen Botschafters Paul Boateng in Pretoria zu erklären, der das Gesetz zu verhindern oder zumindest abzuschwächen suchte. Schätzungsweise arbeiten zwischen 10.000 und 20.000 Südafrikaner für PMCs und PSCs. Für die starke Abneigung gegenüber diesem Gesetz seitens der britischen Regierung sieht der ehemalige Rechtsanwalt beim Landgericht Frankfurt und mittlerweile in Botswana als Arzt für Innere Medizin arbeitende Dr. Alexander von Paleske zwei Gründe:

„Erstens leisten circa 800 Südafrikaner in der britischen Armee Militärdienst und zweitens möchte die britische Regierung bei den britischen Sicherheitsfirmen, wie ‚AEGIS‘ und anderen, die Südafrikaner nicht missen; im Irak stellen sie inzwischen bei den Söldnern das größte Nationenkontingent.“⁴¹

Lange Zeit bevorzugten sowohl Großbritannien als auch Irland eine Selbstregulierung von PMCs und PSCs. Erst im Jahr

2001 führte Großbritannien das „Private Security Industry Act“ ein, das zur Aufgabe hatte, private Polizeidienste im Inland zu regulieren. Allerdings werden zahlreiche Dienstleistungen, wie bspw. Training, Militärlogistik und -Management oder der Export militärischer Dienstleistungen nicht abgedeckt.⁴²

Im Jahre 2002 verabschiedete Großbritannien ein Gesetz zur Kontrolle von Exporten. Der Hauptgrund war die zunehmende Angst vor einer Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Die Regulierung konventioneller Waffen blieb jedoch weiterhin außen vor. Kontrollen bezüglich der Vermittlung und des Handels finden nur dann statt, wenn ein relevanter Teil des Geschäfts in Großbritannien abgeschlossen wird.

„Dies erlaubt britischen Staatsangehörigen sich frei am Handel und der Vermittlung von Waffen zu beteiligen, so lange diese Geschäfte im Ausland abgeschlossen werden.“⁴³

Großbritannien war das erste europäische Land, das eine mögliche Regulierung von Söldnern und PMCs in Erwägung zog. Im 2002 veröffentlichten Green Paper ‚Private Militärfirmen: Optionen zur Regulierung‘, schlug die britische Regierung sechs mögliche Optionen im Umgang mit PMCs vor. Die Vor- und Nachteile dieser Optionen werden ebenfalls in diesem Papier diskutiert.⁴⁴ Mögliche Optionen sind:

1.) Ein Verbot militärischer Aktivitäten im Ausland. 2.) Ein Verbot zur Rekrutierung für militärische Aktivitäten im Ausland. 3.) Eine Lizenzierung militärischer Dienstleistungen. 4.) Registrierung und Benachrichtigung. 5.) Eine allgemeine Lizenz für PMCs/PSCs. 6.) Selbst-Regulierung: Ein freiwilliger Verhaltenskodex.⁴⁵

Auch wenn die ersten beiden Optionen als die effektivsten erscheinen, so wurden sie im Green Paper als mögliche Optionen ausgeschlossen.

„Solche Regelungen könnten schwachen aber legitimen Regierungen notwendige Unterstützung vorenthalten, die die Internationale Gemeinschaft nicht gewährleisten kann oder will. [...] Ein umfassendes Verbot würde britischen Rüstungsexporturen ein legitimes Geschäft vorenthalten, da diese Dienstleistungen ein oft notwendiger Teil von Exportgeschäften sind.“⁴⁶

Im Green Paper favorisiert werden die Lizenzierung militärischer Dienstleistungen, eine allgemeine Lizenzierung von PMCs sowie die Registrierung der Dienstleistungen und Firmen. Die Option einer Selbstregulierung ist für die Regierung nicht wünschenswert. Dies zumal es im Ermessen der Firmen läge, ob ihre Auftragnehmer zu den politischen Kontrahenten des

Landes zählen oder nicht.

Wie Elke Krahnmann 2005 schrieb, war die britische Regierung bis dato jedoch nicht in der Lage, einen Zeitplan zur Umsetzung solcher Kontrollen zu erstellen.

So schlussfolgert sie, dass der Regulierung von PMCs in Großbritannien Grenzen gesetzt sind:

„Darüber hinaus könnte das Versagen des Export Kontrollgesetzes, [...] auf einen generellen Unwillen der britischen Regierung schließen lassen, vorhandene Regierungsmechanismen zur Kontrolle der privaten Militärindustrie voll auszuschöpfen.“⁴⁷

In Deutschland werden private Sicherheits- und Polizeidienstleistungen seit 1927 durch die Gewerbeordnung und seit 1995 auch durch das Bewachungsgewerberecht⁴⁸ geregelt. Auch militärische Dienstleistungen werden durch die Gewerbeordnung geregelt, speziell dann, wenn es sich um die Bewachung militärischer Einrichtungen handelt. Ergänzend werden militärische Dienstleistungen durch die deutsche Außenwirtschaftsverordnung geregelt.

„Speziell, die kürzlich vorgenommen Ergänzungen bezüglich der Exportkontrolle für technische Unterstützung zur Entwicklung von Massenvernichtungswaffen *und* für Güter zu militärischen Verwendungszwecken in Ländern, die einem nationalen oder internationalen Embargo unterliegen, haben direkte Auswirkungen auf die Bereitstellung militärischer Dienste im Ausland. Bemerkenswert ist, dass nach der deutschen Außenwirtschaftsverordnung, die technische Unterstützung militärische Dienstleistungen, wie Reparatur, Entwicklung, Konstruktion, Montage, Test und Instandhaltung, ebenso wie Unterricht, Ausbildung und das zur Verfügungstellen von Wissen beinhaltet.“⁴⁹

Anders als in England gelten diese Einschränkungen für alle Deutschen, egal ob sie in Deutschland wohnhaft sind oder nicht.

Wie stark jedoch der tatsächliche Wille der deutschen Bundesregierung ist, die Hunde des Krieges an die Leine zu legen, geht aus den Antworten der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linkspartei, zum „Umgang der Bundesregierung mit Söldnern, Söldnerfirmen, privaten Sicherheits- und Militärdienstleistungsunternehmen“, hervor.⁵⁰

So sei das Humanitäre Völkerrecht ausreichend, um PMCs zu regulieren. Wie so oft in unternehmerischen Belangen vertraut die Bundesregierung auf die Selbstregulierung. Gesetze, die der Kontrolle von PMCs dienen könnten, werden mit dem Verweis auf unternehmerische Freiheiten abgelehnt.

Interessant ist die Anfrage auch hinsichtlich der Einschätzung der Bundesregierung, dass „angesichts international begrenzter staatlicher Ressourcen und der fortschreitenden Technologisierung und Spezialisierung militärischer Aufgaben [...] künftig mit einem weiteren Anstieg der Nachfrage nach Leistungen privater Sicherheitsdienste zu rechnen [sei]. Deutsche Firmen sind im Ausland bislang ausschließlich im logistischen Bereich, einschließlich der Übernahme nichtmilitärischer Wachfunktionen, sowie im technischen Bereich tätig geworden. Einer Genehmigung durch die Bundesregierung bedurfte es hierfür nicht. [...]“⁵¹

Auch der Antrag der Regierungsfractionen, der Ende des Jahres 2008 im Bundestag eingebracht werden sollte, sah nicht vor – wie es die Überschrift suggerierte – „[n]ichtstaatliche militärische Sicherheitsunternehmen [zu] kontrollieren“, sondern deren wirtschaftliche und rechtliche Situation zu verbessern.⁵² Nachdem der Inhalt dieses Antrages allerdings bekannt wurde, zogen die Regierungsfractionen ihren Vorstoß zurück.⁵³ Kritisch sah der Autor des Berichts für die Tagesschau, Alexander Richter, die angesprochene Möglichkeit, „private militärische Sicherheitsfirmen mit Missionen im Ausland zu betrauen“.⁵⁴ Auch die Bundeswehr stehe dem Versuch, Mitarbeitern von PSCs und PMCs den gleichen rechtlichen Status wie Soldaten zukommen zu lassen, ablehnend gegenüber.⁵⁵

Auch wenn der Antrag zurückgezogen wurde, zeigt sich an Anfrage und Antrag, wie wenig die Regierung gewillt ist, PMCs zu regulieren und wie deutlich die Dienstleistungen dieser Unternehmen in Anspruch genommen werden sollen.

Eine andere Art der staatlichen „Kontrolle“ findet in Form der Auftragsvergabe an private Kriegsunternehmer statt – Public-Private Partnership (PPP).

Nach Schreier und Caparini, beinhaltet diese Form der „Kontrolle“ ein breites Spektrum an Vereinbarungen, die durch die verschiedenen Beziehungen zwischen Regierungen und privaten Unternehmen im öffentlichen Sektor definiert sind. „Sie reichen vom Outsourcing einzelner Funktionen oder gesamter Dienstleistungssektoren über Joint Ventures hin zu sich in staatlicher Hand befindenden Privatunternehmen. Jede Form des Public-Private Partnerships ist verbunden mit einem unterschiedlichen Maß staatlicher Kontrolle. Während das Outsourcing eine Überwachung durch kommerzielle Verträge bietet, sind Regierungen bei Joint Ventures und Shareholderships direkt in die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen

involviert. Alle europäischen Länder, die auf das Konzept des Public-Private Partnership zurückgreifen, um die Ausgliederung militärischer Dienstleistungen mitzugestalten, unterstützen die Idee, dass private Unternehmen besser dazu geeignet sind, ein besseres PreisLeistungsverhältnis an militärischer Unterstützung zu bieten, als nationalstaatliche Streitkräfte.“⁵⁶

So auch England und Deutschland. Jedoch haben beide Länder unterschiedliche Vorstellungen darüber, welchen Anteil private Anbieter an der Bereitstellung des „kollektiven Guts“ Sicherheit haben sollen und wie dieser schnell wachsende Wirtschaftszweig zu kontrollieren ist.⁵⁷ Wie Krahmman in ihrem Vergleich über die Privatisierung von militärischen Aufgaben in England und Deutschland schreibt, veränderte die Privatisierung in militärischen Angelegenheiten grundlegend die Beziehung zwischen öffentlichem und privatem Sektor.⁵⁸

Während in England unter Tony Blair das Modell der Privaten Finanzinitiative (PFI) eingeführt wurde, versucht Deutschland in den Kernbereichen der Verteidigung durch die Gründung staatlicher GmbHs die Oberhand zu behalten. Ausgliedert wurden in Deutschland der Fuhrpark, die Kleidungsversorgung und die Informationstechnologie. Eingeleitet wurde dies 1994 durch Verteidigungsminister Volker Rühe. Erst fünf Jahre später, am 15. Dezember 1999, wurde das Rahmenabkommen „Innovation, Investition und Effizienz in der Bundeswehr“ unterzeichnet. Die Unterzeichner waren der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder, sein Verteidigungsminister Rudolf Scharping und 33 Repräsentanten der Wirtschaft. Bereits sechs Jahre später hatten beinahe 700 Privatfirmen das Rahmenabkommen unterzeichnet. Dieses beinhaltet 14 Pilotprojekte zur Privatisierung des Militärs.⁵⁹ Beispiele hierfür sind die Privatisierung des Army Combat Training Centres und einer Trainingseinrichtung für den Eurofighter. Der 75 Millionen schwere Dreijahresvertrag über das Army Combat Training Centre ging an GÜZ-System-Management Ltd., eine Firma die zu gleichen Teilen STN Atlas Elektronik, EADS/Dornier und Diehl gehört.⁶⁰

Die befristete Laufzeit der Verträge soll in Deutschland als Kontrollfaktor dienen. Dadurch soll verhindert werden, dass sich die Bundeswehr in längerfristige Abhängigkeiten eines einzelnen Anbieters begibt. Die Weiterführung dieser Verträge ist von der Zufriedenheit der Bundeswehr abhängig. Um die PPPs für diese und andere Aufgabenbereiche zu bewerten, hat die deutsche Regierung im Jahre 2000 die Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb

(GEBB)⁶¹ gegründet.

Das englische Konzept hingegen sieht Finanzierungsinitiativen seitens privater Firmen vor. Im Gegenzug erhalten diese Firmen Verträge mit dem Verteidigungsministerium mit einer 10-40 jährigen Laufzeit, die ihnen regelmäßige Einkommen sichern. Kleine Nachbesserungen des Vertrages finden i.d.R. nach fünf Jahren statt, eine Nachbearbeitung dieser Verträge erst nach der Halbzeit. Das Problem in diesem Fall sind die langen Laufzeiten. Sollte das Verteidigungsministerium mit den erbrachten Leistungen nicht zufrieden sein, so ist es aufgrund der bereits erbrachten Leistungen oftmals nicht in der Lage, den Auftrag an eine andere Firma zu vergeben – dies zumal alle bislang erbrachten Leistungen im Besitz der einstmals beauftragten Firma bleiben. Die Kosten einer solchen Neuverhandlung können für das Verteidigungsministerium so hoch sein, dass es sich dazu entschließt, den alten Vertrag fortzuführen.⁶² Wie Krahmman und Schreier/Caparini berichten, unterschrieb das englische Verteidigungsministerium im Jahr 2002 über 30 PFIs im Wert von über £ 4 Milliarden und stimmte gleichzeitig 90 weiteren Verträgen mit einem geschätzten Wert von £ 6 Milliarden zu.

„Das Verteidigungsministerium betreibt jetzt [2005] 42 Projekte, die £ 2 Milliarden an privaten Investitionen einbringen und hat weitere 40 Projekte in Aussicht, die wie behauptet wird, weitere £ 12 Milliarden für die britische Verteidigung generieren werden.“⁶³

Vorteilhaft sind die PFIs auch für die Privaten in zweierlei Hinsichten. Erstens aufgrund der langen Laufzeiten und zweitens, weil einige Verträge es ihnen erlauben, über dritte Parteien weitere Einkommen zu generieren, nämlich durch den Verkauf freier Kapazitäten an weitere Kunden im In- und Ausland.

Außer Frage steht, dass PFIs das Wachstum des Militärdienstleistungssektors erheblich gefördert haben. Die Einführung der Notwendigkeit eines Generalunternehmers als Vertragsunterzeichner hatte sogar zur Folge, dass PFIs die Verbindungen zwischen Generalunternehmern und Zulieferern verstärkten. Dies trug zu Zusammenschlüssen privater Unternehmen bei, welche speziell dafür ausgelegt sind, um Projekte des Verteidigungsministeriums zu konkurrieren.

Ein weiteres Novum in der Kooperation zwischen staatlichen Institutionen und privaten Unternehmen im militärischen Bereich ist ein erweitertes Dienstleistungsangebot, das über den Verkauf militärischer Güter hinausgeht.

Vermehrt bieten Verteidigungsfir-

Angebote wie Ausbildung, Instandhaltung und Kundendienstleistungen für ihre Produkte an. Ein Beispiel hierfür ist der PFI-Vertrag über die Medium Support Helicopter Aircraft Training Facility. Dieser wurde mit CVS Aircrew Training abgeschlossen – einer Vereinigung von CAE Electronic, Vega und dem Outsourcing Spezialisten Serco. Im Rahmen des Vertrages entwarf, errichtete und betreibt CAE die Einrichtung, während VEGA computer- oder internetbasierte Trainingsprodukte liefert und Serco das Training selbst. Von großem Vorteil für Exekutive, Verteidigungsministerium und Unternehmen ist die Nicht-Öffentlichkeit solcher Verträge. Wie auch beim Konzept der gesponserten Reservisten, müssen PFI Verträge nicht vom Parlament geprüft werden.⁶⁴

Personelle Verflechtungen

Während für die Entwicklungsländer ein zu stark ausgeprägter informeller Sektor als ein zu überwindendes Hindernis auf dem Weg zur Demokratie gilt, ist es der informelle Sektor in den westlichen Demokratien, der für sie ein nicht zu überwindendes Hindernis darstellt. Die folgenden Beispiele beziehen sich ausschließlich auf die USA. Bemerkenswert sind die persönlichen Verknüpfungen zwischen Politik, staatlichem Militär und PMCs.

Dick Cheney war bis ins Jahr 2000, vor seinem Amt als Vizepräsident, im Vorstand von Halliburton tätig. Das Unternehmen bietet logistische Unterstützung und militärisches Training an. Im Jahr 2001 unterschrieb Halliburton den LOGCAP-Vertrag (Logistics Civilian Augmentation Program) mit der US-Regierung im Wert von US\$ 3,7 Milliarden. Dieser sieht vor, dass Halliburton einen Großteil der logistischen Unterstützung im Irak übernimmt. Der Vertrag beinhaltet, dass die Regierung, zusätzlich entstandene Kosten – bspw. durch gestiegene Preise – übernahm. Im Jahre 2005 erhielt Halliburton Verträge im Wert von über US\$ 8 Milliarden zum „Wiederaufbau des Iraks“ und zur logistischen Unterstützung des Pentagons. Halliburton schloss einen Vertrag mit dem amerikanischen Verteidigungsministerium über die Ölversorgung US amerikanischer Truppen im Irak ab. Das Verteidigungsministerium hatte zum Ziel, bessere Leistungen als beim, dem Pentagon unterstehenden, Verteidigungs-Energieunterstützungszentrum zu erhalten. Dieses gilt durch seine weltweiten Energielieferungen für das US-Militär als sehr erfahren. Sein Leiter Jeffrey Jones war mehr als überrascht, als der Auftrag an Halliburton ging. Letztendlich zahlte das Verteidigungsministerium US\$ 2,64 für

eine Gallone Öl – den doppelten Preis, den Jones für Verkauf und Zustellung berechnet hatte.⁶⁵ Mittlerweile wird gegen Halliburton wegen überzogener Kosten, Korruption und anderer Vergehen ermittelt. Wichtig in diesem Zusammenhang ist, dass viele Leistungen von Subunternehmern erbracht werden. Diese Verträge werden von großen Unternehmen wie Halliburton und Bechtel vergeben, die selbst Inhaber von Schirmverträgen sind, die sie mit der US-Regierung abgeschlossen haben. Da es sich um Verträge mit privaten Anbietern handelt, sind diese für die Öffentlichkeit nicht einsehbar.

Die ehemalige Tochterfirma von Halliburton, Kellogg, Brown & Root (KBR)⁶⁶ wurde als Entwicklungs- und Baufirma gegründet und unterstützte die US-Armee im 2. Weltkrieg, im Vietnamkrieg, auf dem Balkan und bei der Invasion im Irak und der folgenden Besatzung. Die Leistungen, die das Unternehmen der US-Armee auf dem Balkan und im Irak zur Verfügung stellt, sind Errichtung von Unterkünften und Lagern, Essensversorgung, Briefzustellung, Wasseraufbereitung und die Überführung toter US-Soldaten in die USA. Weiterhin war KBR damit betraut, Flüchtlingslager außerhalb der Grenzen des Kosovo zu errichten und zu unterhalten und für die logistische Unterstützung von 1200 US Nachrichtensoldaten zu sorgen, die auf der Suche nach irakischen Massenvernichtungswaffen waren. Auch die Suche nach Abhörwanzen auf US-Basen im Irak wird von KBR übernommen.⁶⁷

Ein weiteres Unternehmen, das über ausgezeichnete Verbindungen zum Weißen Haus verfügt, ist die Carlyle Group. Die beiden ehemaligen Präsidenten George H. W. Bush und George W. Bush gehörten zu den Vorständen dieses Unternehmens. Die Carlyle Group ist nicht primär als eine PMC zu betrachten, tätigte aber sehr große Investitionen in Luft- und Verteidigungsindustrie und pflegt gute Verbindungen zur PMC Vinnell, die wiederum ein Joint-Venture Unternehmen von Brown & Root ist.⁶⁸

Das Unternehmen Diligence Global Business Intelligence⁶⁹ ist spezialisiert auf Wirtschaftsspionage, Risikoeinschätzung, technische Dienstleistungen und Nachforschungen. Auch Personenschutz gehört zu



Blackwater-Angestellte in der US-Botschaft im Irak

seinen Dienstleistungen. William Webster, der Gründer von Diligence war der einzige Mann, der Kopf sowohl des CIA's und des FBI's war. Mike Baker, ehemaliger CIA Offizier, spezialisiert auf Terrorismus- und Aufstandsbekämpfung, ist Geschäftsführer von Diligence. Heutiger Vorstandsvorsitzender des Unternehmens im Irak ist Whitley Bruner, einst Leiter der Außenstelle des CIA im Irak. Auch die Unternehmen Blackwater und MPRI rühmen sich, viele Generäle, darunter auch Vier-Sterne-Generäle, in ihren Reihen zu haben.⁷⁰

Der Gründer von Blackwater, Eric Prince, ist tief in der konservativen Politik der Republikaner in Michigan verwurzelt. Der Vorstand von Blackwater, Gary Jackson, ist ehemaliger Soldat der Navy SEALs. Cofer Black stieß im Jahre 2005 zu Blackwater, nachdem er zuvor für die CIA und das State Department gearbeitet hatte. Joseph Schmitz arbeitete für das Verteidigungsministerium, bevor er im September 2005 Geschäftsführer von Blackwater und „Generalkonsul“ der Prince Group, dem Mutterkonzern von Blackwater wurde.⁷¹

Der Vorstand von MPRI setzt sich vollständig aus ehemaligen, hochdekorierten Generälen zusammen.⁷² MPRI übernahm während des Jugoslawienkrieges die Ausbildung des kroatischen Militärs, trotz einer UN-Sicherheitsresolution, die UN-Mitgliedern die Unterstützung Kroatiens verbot. Angeblich sei die US-Regierung für das Zustandekommen des Vertrages verantwortlich.⁷³

Wie aus einer Studie des Genfer Instituts für demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF) hervorgeht, hätten im Jahre 2001 zehn PMCs mehr als US\$ 32 Millionen für Lobbyarbeit ausgegeben und von 1999 bis 2005 hätten 17 der führenden US-amerikanischen PMCs mehr als US \$16 Millionen für Wahlkampagnen vor Kongress- und Präsidentenwahlen ausgegeben.⁷⁴

Fazit

Wie an den Beispielen Deutschland und England gezeigt wurde, wird die Ausgliederung militärischer Dienstleistungen oft ökonomisch gerechtfertigt.

Das Beispiel Privater Finanzinitiativen in England hat jedoch gezeigt, dass die auf den ersten Blick erscheinenden ökonomischen Vorteile für den Auftraggeber auch von Nachteil sein können. Dies aufgrund der Folgekosten und der Abhängigkeit von privaten Anbietern. Würde man die Überwachungskosten und die Rechtskosten für eine Neuverhandlung der Verträge mit einrechnen, würde sich der ökonomische Vorteil enorm verringern.

Dass eine Privatisierung militärischer Dienstleistungen finanziell nicht immer unproblematisch ist, zeigt das Beispiel des Vertrages zwischen US-Regierung und Halliburton über die Ölversorgung US-amerikanischer Truppen im Irak. Angesichts solcher Nachteile stehen diesen aber enorme Vorteile gegenüber, die Verträge mit privaten Anbietern immer noch attraktiv erscheinen lassen.

Die politischen Vorteile, die durch PMCs entstehen sind vielfältig. Eine Ausgliederung von Aufgaben ist für viele Regierungen gleichzeitig auch eine Ausgliederung von politischer Verantwortung. Wie Machiavelli schreibt, möge der Fürst „in aller Öffentlichkeit Belohnungen, Ehrungen und Ämter verteilen – all die Handlungen [...] wie z.B. Bestrafung, Amtsenthebungen oder gar Mord, [die] einen Menschen nur unpopulär machen würden, all diese Handlungen sollte er lieber von seinen Agenten ausführen lassen.“⁷⁵

Ein anderer, sehr gewichtiger Vorteil für eine Auftragsvergabe an PMCs ist, dass die Bezahlung dieser nicht über den Verteidigungshaushalt abgerechnet wird. Verträge mit PMCs, bspw. zum Wiederaufbau im Irak, können über den zivilen Haushalt verrechnet werden, so dass im Verteidigungssektor keine Einschränkungen vorgenommen werden müssen und die tatsächliche Menge an finanziellen Mitteln für den Verteidigungshaushalt erhöht werden kann. Auch ist es über die Ausgliederung an private Anbieter möglich, eventuelle Parlamentsvorbehalte bezüglich militärischer Interventionen zu umgehen.

Treffend schrieb Anne Jung in ihrem Artikel „Zur Transformation afrikanischer Konflikte“, der auf der Homepage von *medico international* veröffentlicht wurde: „Der politische Vorteil des Einsatzes von PMCs liegt auf der Hand: Sie sind flexibler als nationale Armeen. Und wenn Söldner getötet werden, dann werden sie als Zivilisten betrachtet, die bei einem Arbeitsunfall

umgekommen sind. Wenn westliche Regierungen oder Konzerne die PMCs beauftragt haben, entsteht bei Verlusten kein politischer Schaden, wie dies beim Einsatz von Soldaten der regulären Armee der Fall wäre. Die strafrechtliche Verfolgung bei der Verletzung von Menschenrechten im Einsatz ist sehr schwierig. Mit der Privatisierung von Sicherheit hat sich ein profitabler Markt herausgebildet, in dem militärische Offensiven, wirtschaftliche Ambitionen und teilweise auch humanitäre Erwägungen ineinander greifen.“⁷⁶

Lag das Verhältnis regulärer Truppen zur Anzahl der Truppen von PMCs bei der Operation Desert Storm 1991 noch bei 100:1, so änderte sich dieses Verhältnis für die Operation Iraqi Freedom 2003 drastisch und lag bei 12:1. Angesichts der Tatsache, dass viele im Irak beschäftigten PMCs ihren Sitz in England haben, erscheint auch der geplante Truppenabzug des britischen Militärs aus dem Irak bis Juli 2009 in einem anderen Licht. Denn für deren Ablösung ist schon längst ausreichend gesorgt. Für das britische Unternehmen Aegis Defence Service Ltd. arbeiten im Irak unter Tim Spicers Kommando ca. 20.000 „neue Söldner“. Dabei handelt es sich um ein gewaltiges Geschäft und de facto eine eigene Miliz, die dort tätig ist und massiven Einfluss auf die Sicherheitslage nehmen kann. Die massive Präsenz an britischen PMCs im Irak und der extrem hohe Anteil an Südafrikanern, die für britische PMCs arbeiten – „im Irak stellen sie inzwischen bei den Söldnern das größte Nationen-Kontingent.“⁷⁷ –, erklären nicht zuletzt auch Englands Vorbehalte gegen eine Verschärfung des südafrikanischen Söldnergesetzes.

Alleine die Ausgaben der USA für die Anstellung von PMCs im Jahr 2003 beliefen sich auf US\$ 10,149 Milliarden.⁷⁸

Wie die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linkspartei und die Stellungnahme der britischen Regierung im Green Paper zeigen, ist es ein liberales Wirtschaftsverständnis, die unsichtbare Hand des freien Marktes nicht in Ketten zu legen, das der Kriegsökonomie in der westlichen Welt Profite und den Ländern in der so genannten Dritten Welt, die Leiden des Krieges beschert. Verankert ist diese Kriegsökonomie nicht nur durch ein liberales Wirtschaftsverständnis, das auch beim Geschäft mit dem Tod keine Schranken kennt, sondern auch durch persönliche Verflechtungen und multiple Vorteile für Staat und PMCs, die eine Regulierung oder gar ein Verbot des Geschäfts mit dem Krieg zugunsten von Entwicklungsländern unmöglich machen. Bezüglich eines immer stärker werden privaten Sektors an mili-

tärischen Dienstleistungen und des stark ausgeprägten informellen Sektors, muss man sich die Frage stellen, ob die liberalen westlichen Demokratien überhaupt in der Lage wären, den Export privater Militärdienstleistungen zu unterbinden. Angesichts der Tatsache, dass sowohl die unsichtbare Hand der informellen Politik, als auch die unsichtbare Hand des Marktes die Finger am Abzug halten, wäre es an der Zeit, neben den „neuen Kriegen“, den Zusammenhang zwischen den „neuen Söldnern“ und der „neuen Kriegsökonomie“, sowie dem Unwillen der liberalen Demokratien, diesen Einhalt zu gebieten, zu untersuchen.

Anmerkungen

¹ vgl. Weingartner, Georg (2004) Krieg als Geschäftszweig. Österreichische Militärische Zeitschrift, Ausgabe 2 / 2004. <http://www.bmlv.gv.at/omz/ausgaben/artikel.php?id=188>

Krippendorff, Ekkehart (1985) Staat und Krieg: Die historische Logik politischer Unvernunft.

² Watch Guard International, 1960 von Colonel Sir David Stirling (Gründer des Special Air Services – SAS; und Gründer der PMC Kilo Alpha Services – KAS Enterprise, 1986) und drei weiteren ehemaligen SAS Offizieren in Großbritannien gegründet, wird oft als die erste PMC gesehen. Jedoch kann eingewandt werden, dass die amerikanische Firma DynCorp, die 1946 gegründet wurde und technische und logistische Unterstützung für die amerikanische Armee in Korea, Vietnam, Granada und im Golfkrieg stellte, die erste PMC ist. <http://seattle.indymedia.org/en/2003/05/27469.shtml>. <http://www.informationclearinghouse.info/article3396.htm>

³ Schreier, Fred /Caparini, Marina (2005) Privatising Security: Law, Practice and Governance of Private Military and Security Companies. Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces (DCAF). Occasional Paper No 6. S. 18. Original englisch <http://se2.dcaf.ch/serviceengine/FileContent?serviceID=DCAF&fileid=3BFA3361-A9F0-9CEB-84E4-A9F99197B29D&lng=en>.

⁴ Ob Münkler und Kaldor dabei ein neues Phänomen entdeckten oder ob sie die ökonomischen Interessen der „großen Kriege“ ausblenden ist fraglich. So führte das Römische Reich seine Kriege nicht zuletzt, um sein stehendes Heer durch Kriegsbeute zu unterhalten. In der ZDF-Reihe „Wir Deutschen“ wurde diese Art Krieg zu führen, sogar als Wallensteins unternehmerische Innovation hervorgehoben.

⁵ Krahnemann, Elke (2005) Controlling Private Military Services in the UK and Germany: Between Partnership and Regulation. European Security, vol.13, no.2, pp.277-295. Original englisch.

⁶ Zu einer ausführlichen Darstellung verschiedener Ansätze PMCs und PSCs zu definieren siehe Schreier/Caparini (2005:14-44)

⁷ „1996 wurde das Konzept der gesponsorten Reservisten im Britischen Gesetz verankert, im Reserve Forces Act (Part V), das vorsah, dass PMCs in Konfliktsituationen Dienstleistungen

erbringen, indem sie Teile ihrer Arbeitskräfte als freiwillige gesponsorte Reservisten [Sponsored Reserves] verpflichten und zur Verfügung stellen. Diese Angestellten werden zu Reservisten der Streitkräfte und erhalten dementsprechendes Training. Der Einsatz solcher Reservisten ist strengstens geregelt. Wenn sie mit den Streitkräften dienen, sind sie den Service Discipline Acts und den Dienstleistungsbestimmungen unterstellt. Darüberhinaus haben gesponsorte Reservisten kein Recht gegen eine Einberufung Rechtsbeschwerde einzulegen.“ Krahmann (2005:6)

⁸ Schreier/Caparini (2005:22)

⁹ Es ist davon auszugehen, dass mit der Auflösung von Executive Outcomes zum 1. Januar 1999 die Mitarbeiterdatenbank des Unternehmens von seinem Nachfolger Lifeguard übernommen wurde.

¹⁰ UN Resolution 44/34 – Internationale Konvention gegen die Rekrutierung, den Gebrauch, die Finanzierung und die Ausbildung von Söldnern, die 1989 von der Generalversammlung verabschiedet wurde und 2001 in Kraft trat. Zu einer Definition des Söldners vgl. insb. Artikel 1 (1. a-e, 2. a-e). <http://www.un.org/documents/ga/res/44/a44r034.htm>

¹¹ Pesendorfer, Michael (2006) Die Wiederkehr der Söldner (II). Private Militär- und Sicherheitsfirmen und gültiges Recht. Truppendienst, Ausgabe 6/2006. <http://www.bmlv.gv.at/truppendienst/ausgaben/artikel.php?id=523>

¹² Weingarten (2004)

¹³ Vgl. Schreier/Caparini (2005:16)

¹⁴ Das Wort „Auftragnehmer“ wird in Anlehnung an das englische Wort „contractor“ verwendet. Es wird im Folgenden synonym zu den Begriffen „neuer Söldner“ oder „Angestellter/Mitarbeiter bei einer PMC“ verwendet werden.

¹⁵ Vgl. <http://www.rp-online.de/public/article/politik/ausland/93789/Amerikaner-werfen-US-Soldaten-Misshandlungen-vor.html>

¹⁶ Vgl. Madsen, Wayen (1999) Genocide and Covert Operations in Afrika 1993-1999.

¹⁷ Schreier/Caparini (2005:21)

¹⁸ Von Paleske, Alexander (2006). Blair drängt auf Söldnernachschub aus Südafrika. <http://oraclesyndicate.twoday.net/stories/2619299>

¹⁹ Zu deutschen Söldnern im Irak sei auf die bei Spiegel online erschienenen Artikel von John Goetz und Conny Neumann verwiesen. Get rich or die trying. German mercenaries seek their fortunes in Iraq. <http://www.spiegel.de/international/germany/0,1518,516434,00.html>, Männer fürs Grobe. <http://wissen.spiegel.de/wissen/dokument/dokument-druck.html?id=53513124&to p=SPIEGEL>.

²⁰ <http://www.praetoria-beratung.com/>

²¹ <http://global.praetoria-beratung.de/initiativbewerbung-operativer-sicherheitsbereich>

²² <http://www.rirp.org/>

²³ http://www.telerob.de/telerob_online/index.html

²⁴ EuroSatory (<http://www.eurosatory.com/>); Milipol 2008 Katar, 2009 Paris (http://www.milipol.com/index_en.php); IDEF 09 in Istanbul (http://www.idef07.com/index_eng.php); LAAD in Rio de Janeiro im April 2009 (<http://www.laadexpo.com/2009/>); IDET 2009 (<http://www.bvv.cz/idet-gb>); Africa Aerospace

and Defence (<http://www.aadexpo.co.za/>).

²⁵ <http://www.smithsdetection.com/deu/index.php>

²⁶ <http://www.sim-electronic.com/>

²⁷ <http://www.psv-shield.com/>

²⁸ <http://www.gten.com/>

²⁹ <http://www.eads.com/1024/de/businet/defence/defence.html>

³⁰ Deckert, Roman (2008) Rüstung: ... morden mit in aller Welt. Deutsche Kleinwaffen ohne Grenzen. iz3w - Informationszentrum 3. Welt. Ausgabe 305 - März/April 2008 <http://www.schattenblick.de/infopool/medien/altern/iz3w-144.html>

³¹ Vgl. auch Thielke, Thilo (2006) Krieg im Lande des Mahdi. Darfur und der Zerfall des Sudan. http://www.magnus-verlag.de/Downloads/Thielke_Darfur.pdf

³² Schreier/Caparini (2005:56)

³³ Vgl. Schreier/Caparini (2005:57), „Das erste Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen von 1997 aberkennt dem Söldner den Kriegsgefangenenstatus und nimmt ihm somit die Immunität für von ihm begangene Kriegssakte.“ http://www.admin.ch/ch/d/sr/0_518_521/a47.html

³⁴ Foreign Military Sales (FMS) program

³⁵ Vgl. Schreier Caparini (2005:106). Beispiele für Aufträge im Rahmen des FMS sind Vinells Vertrag über die Ausbildung der saudi-arabischen Nationalgarde und MPRIs Ausbildungsverträge mit dem mazedonischen und bulgarischen Militär.

³⁶ South African Regulation of Foreign Military Assistance Act (FMA)(Act No. 15 of 1998), 20. Mai 1998. <http://www.info.gov.za/view/DownloadFileAction?id=70672>

³⁷ The Prohibition of Mercenary Activities and Regulation of Certain Activities in Country of Armed Conflict Act, 2006 (Act No. 27, 2006), 16. November 2007. <http://www.info.gov.za/view/DownloadFileAction?id=75729>, Le Roux, Len (2008) South African Mercenary Legislation Enacted. The Institute for Security Studies, 21. Januar 2008. Original englisch. http://www.iss.co.za/static/templates/tmpl_html.php?node_id=2923&slink_id=5421&slink_type=12&link_id=30

³⁸ Zitat ebd.

³⁹ Von Paleske, Alexander (4. September, 2006) Blair drängt auf Söldnernachschub aus Südafrika. <http://oraclesyndicate.twoday.net/stories/2619299/>

⁴⁰ Ebd.

⁴¹ Vgl. Schreier/Caparini (2005:112)

⁴² Krahmann (2005:15)

⁴³ http://www.fco.gov.uk/resources/en/pdf/pdf4/fco_pdf_privatemilitarycompanies

⁴⁴ Vgl. auch Krahmann (2005:16), die diese Optionen in drei Kategorien unterteilt: 1.) ein nationales und internationales Verbot von Söldnertätigkeiten, 2.) nationale Lizenzen für PMCs und Exporte, 3.) Selbstregulierung der Industrie.

⁴⁵ Foreign and Commonwealth Office. HC 577 Private Military Companies:Options for Regulation 2001-02, S. 23. Original englisch. http://www.fco.gov.uk/resources/en/pdf/pdf4/fco_pdf_privatemilitarycompanies

⁴⁶ Krahmann (2005:17)

⁴⁷ Das Bewachungsgewerberecht wurde 1999

und 2002 modifiziert.

⁴⁸ Krahmann (2005:18)

⁴⁹ Deutscher Bundestag, Drucksache 16/1296, 24.6.2006

⁵⁰ Dass die Aufgaben deutscher Auftragnehmer über eine ausschließlich logistische Verwendung hinausgehen, ist der Bundesregierung bekannt (vgl. Drucksache 16/1296, Frage 34, S. 14). Verwiesen sei weiterhin auf die in FN 19 erwähnten Berichte von John Goetz und Conny Neumann. Auch die Stellengsuche der Firma Pratoria für den Irak lassen auf eine militärische Verwendung deutscher Staatsbürger im Ausland schließen. <http://www.praetoria-beratung.com/offene-stellen>

⁵¹ Deutscher Bundestag, Drucksache 16/10846, 12.11.2008

⁵² Richter, Alexander (2008) Vorstoß der Regierungsfractionen zurückgezogen. Söldner im Auftrag Deutschlands? Am 4. 12. 2008 in tageschau.de, <http://www.tagesschau.de/inland/pmc100.html>

⁵³ Richter (2008)

⁵⁴ ebd.

⁵⁵ Schreier/Caparini (2005:110), vgl. auch Krahmann (2005)

⁵⁶ vgl. Krahmann (2005:11)

⁵⁷ ebd.

⁵⁸ vgl. ebd.

⁵⁹ vgl. ebd.

⁶⁰ <http://www.gebb.de/>

⁶¹ vgl. Krahmann (2005)

⁶² Schreier/Caparini (2005:110, f.)

⁶³ vgl. Krahmann (2005)

⁶⁴ Schreier/Caparini (2005:53)

⁶⁵ Heute Kellogg Brown & Root, 44 Jahre lang, bis April 2007 Tochterunternehmen von Halliburton.

⁶⁶ Schreier/Caparini (2005:24)

⁶⁷ vgl. ebd. S. 70

⁶⁸ <http://www.diligencell.com/>

⁶⁹ vgl. Schreier/Caparini (2005:23)

⁷⁰ <http://hamptonroads.com/node/66241>

⁷¹ <http://www.africanfront.com/234.php#buckingham>

⁷² Schimmel, Constanze: (2007) <http://www.menschenrechte.org/beitraege/menschenrechte/schimmel.pdf>, vgl. auch: Makki, Sami et. al. (2001) Private Military Companies and the Proliferation of Small Arms: Regulating the Actors. für Small Arms Survey http://www.smallarms-survey.org/files/portal/issueareas/security/security_pdf/2001_Makki_et_al.pdf

⁷³ Schreier/Caparini (2005:70)

⁷⁴ Zitiert nach: Dagfinn Follesdal, Lars Walloe, Jon Elster (1988) Rationale Argumentation . Ein Grundkurs in Argumentations- und Wissenschaftstheorie.

⁷⁵ http://www.medico-international.de/kampagne/fatal/downloads/ft_transformation.pdf

⁷⁶ Von Paleske (2006)

⁷⁷ Bianco , A./Fores, S.A. (2003) Outsourcing war, in: Business Week, September 15/2003. S.44-45. Zitiert nach Weingartner (2004). Afghanistan: \$ 62,2 Mio; Bosnien-Herzegowina: \$ 695,2 Mio; Dschibuti: \$ 28 Mio; Georgien \$ 25,1Mio; Irak: \$ 7,613 Mrd.; Jordanien: \$ 39,3 Mio; Kosovo: \$ 892,2 Mio; Mazedonien: \$ 30,5 Mio; Türkei: \$ 100 Mio; Ungarn: \$ 287,7 Mio; Usbekistan: \$ 22,1 Mio.

Interventionsforschung

Der SFB 700 will Lösungen anbieten für den weltweiten Zugriff auf die Menschen – und trifft auf Widerstand vor der eigenen Haustüre

von Mechthild Exo

Die Arbeit des Sonderforschungsbereichs 700 zur Governanceforschung für Räume begrenzter Staatlichkeit ist gekennzeichnet durch die Ausblendung von Kontroversen, von Widerspruch und den handelnden Menschen, die nicht für die Stabilisierung der Herrschaftsverhältnisse und der lückenlosen Regierbarkeit der Welt relevant erscheinen oder bereits daran mitwirken.

Deshalb ist es wichtig, zuerst vom Widerstand zu erzählen. Das Handeln von AktivistInnen gegen den SFB 700 hat einen Kern der Arbeit des SFB getroffen: Nicht-integrierbare Haltungen gegen die vorherrschende bzw. in den sogenannten Failed States zu rekonstruierende Ordnung werden allein als Störungen für die Gewährleistung von Governance-Funktionen wahrgenommen. Diese „Störungen“ müssen kontrolliert und geschwächt werden – daran wirken die Forschungsprojekte des SFB 700 mit.

„Bitte haltet die Eingangstür zum SFB-Gebäude in den nächsten Tagen besonders sorgfältig geschlossen (...) [es] hat heute Vormittag eine Aktion von sog. Antimilitaristen am OSI stattgefunden, die sich gegen die sog. Interventionsforschung des SFB richtet.“

In dieser warnenden Rundmail vom 12.11.08 fordert Lars Brozus, Managing Director des SFB 700 an der Freien Universität Berlin, dazu auf, die Kameraüberwachung der Tür für den selektiven Einlass zu benutzen, „eine Hinterlassenschaft der Krupp-Stiftung“, wie er hervorhebt.¹

Söldnerintellektuelle „entbettet“

Die antimilitaristische Aktion fand nicht bei der repräsentativen Krupp-Villa statt, sondern am politikwissenschaftlichen Otto-Suhr-Institut (OSI) der FU Berlin, wo der SFB 700 die meisten seiner MitarbeiterInnenbüros und Veranstaltungsräume hat. Die kleine, symbolische Aktion² wurde als massiver Angriff aufgenommen. „[D]as Bild eines Anschlags im Schlafzimmer“³ wurde hinein interpretiert in die Puppe des „embedded scientist“, die in tarnfarbenen, Federn lassende Kissen und Decken gebettet im Eingangsbereich des OSI postiert wurde. Auch von ausgesprochenen Drohungen gegen WissenschaftlerInnen war die Rede.⁴ Rotbefleckte Kissen sind an die

Türen der Büros genagelt worden. Seitdem wird auf Studierenden-Foren, in Fachkreisen der Internationalen Beziehungen und auf Veranstaltungen der KritikerInnen wie auch der SFB 700-Vertreter aggressiv gestritten, eine Radio-Sendung, ein Film, Zeitungsartikel und eine Broschüre „Wider den SFB 700“⁵ sind produziert worden.

Neben der Empörung über den „exzellenten SFB-Klüngel“ am politikwissenschaftlichen Institut der FU, exemplarisch sichtbar bei der Berufung von Chojnacki und Zürcher für SFB 700 Professuren ohne öffentliche Ausschreibung⁶, stehen vor allem vier Bereiche der Arbeit der SFB-ForscherInnen derzeit in der Kritik: Die Auswertung von historischen Erfahrungen unter dem Blickwinkel des „Colonial Governance“⁷, die Zuarbeit für Interventionskriege, die Afghanistan-Studie im Auftrag des Verteidigungsministeriums sowie die Entwicklung von Strategien und Sozialtechniken für „unregierbare Räume“ auch in den Metropolen. Diese Kritik wird im Folgenden kurz dargestellt.

Colonial Governance

Bei der Aufarbeitung von Kolonialerfahrungen, die als historische Räume begrenzter Staatlichkeit einbezogen werden, findet

GASTBEITRAG

eine Identifikation mit der Macht und dem modernisierungsstrategischen Forschungsparadigma statt – lautet die Kritik. Die unter „Colonial Governance“ veröffentlichten Texte⁸ analysieren koloniale Herrschaftsverhältnisse unter Einbeziehung einer Vielzahl von Akteuren - und schaffen es doch, dabei die antikolonialen Kämpfe außen vor zu lassen. Es geht um Wissen über Steuerung, das für die aktuelle Anwendbarkeit brauchbar ist. Aufstände, Eigensinnigkeit und Kämpfe um Befreiung werden nur als Störung dessen erwähnt, was als koloniale Governance ausgewertet wird. Sie werden zu Beeinträchtigungen umgewertet. Stattdessen findet eine Orientierung auf die lokalen Eliten hin statt, die als Garanten „informeller“ Governanceleistungen eingebunden wurden.⁹

Nach ihren Analysen des semi-kolonialen China kommt Mechthild Leutner zu dem Schluss, dass ein sehr viel differenzierter Politikbegriff gebraucht wird, um die vielfältigen Formen von Kooperation und Regelung zu beschreiben und, dass angesichts der zahlreichen Vermischungen die Trennung von öffentlich und privat neu gedacht werden muss. Für eine flexiblere Erfassung handelnder Akteure und politischer Prozesse sei ein Abrücken von klassischen Staatsvorstellungen nötig.¹⁰ Soweit so gut. Doch bleibt sie allein im Blickwinkel der herrschaftlichen Steuerung verhängen. Auf nicht-staatlicher Ebene werden von ihr ein angeblich „relativ breites Spektrum von Akteuren integriert, wobei insbesondere korporative Akteure eine große Rolle spielen: Neben der lokalen Elite, die (...) Händler und Kaufleute einschloss, (...) die Dorfvorsteher und die Clan- und Bruder-

Der Sonderforschungsbereich (SFB) 700



Titel: „Regieren ohne Staat?“

Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit.“

Größe: bundesweit die größte Einrichtung auf diesem Gebiet, 50 beteiligte Wissenschaftler/innen, 4 Projektbereiche mit insgesamt 20 Teilprojekten

Offizieller Start: Februar 2007, Arbeitsbeginn: 2006, Dauer: 12 Jahre

Finanzielle Ausstattung: 6,5 Millionen Euro Förderung der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG)

Sprecherinstitution: Freie Universität Berlin, Sprecher: Thomas Risse, wissenschaftlicher Geschäftsführer: Lars Brozus

Weitere beteiligte Institutionen: Universität Potsdam, Wissenschaftszentrum Berlin, Stiftung Wissenschaft und Politik, Hertie School of Governance, European University Institute Florenz

Veröffentlichungen: bisher 19 Arbeitspapiere und zwei Sammelbände

• Thomas Risse/Ursula Lehmkuhl (Hrsg.): Regieren ohne Staat? Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit. 2007.

• Sybille De La Rosa/ Ulrike Höppner/ Matthias Kötter (Hrsg.): Transdisziplinäre Governanceforschung. Gemeinsam hinter den Staat blicken. 2008.

schaftsoberhäupter“.¹¹ Mit dem Wissen über koloniale Herrschaftsformen beabsichtigt sie in heutigen Räumen begrenzter Staatlichkeit „Anregungen für die weitere Konzeptualisierung von Governance zu geben“¹². Die Überwindung kolonialer Herrschaft und anti-koloniale Kämpfe kommen bei ihr ebenso wenig vor wie in Ursula Lehmkuhls Studien über das koloniale Amerika.¹³ Entsprechend wird auch nicht die Frage gestellt, wie in den gegenwärtigen Kämpfen um soziale Rechte und Gerechtigkeit, gegen Fremdbestimmung und die Auswirkungen kapitalistischer Globalisierung ein anderes Verständnis von Politik entwickelt wird, das nicht auf die Steuerung zur Stabilisierung des Bestehenden abzielt. Auch bei Sebastian Conrad ist diesbezüglich kein anderer Umgang zu finden. Wie kann es sein, dass er den „enge[n] Zusammenhang von Herrschaftspraxis mit geographischem, juristischem, linguistischem oder ethnologischem Wissen, d.h. mit einem kolonialen Archiv“¹⁴ detailliert analysiert, dabei die Rolle der (Kolonial-)Wissenschaft einbezieht, und doch keine kritische Reflexion heutiger Wissensproduktion und der eigenen Rolle in der Erhaltung der Macht- und Herrschaftsverhältnisse aufwirft? Wo sind die ethischen Fragen zur Verantwortlichkeit wissenschaftlicher Forschung, wo wird die Politik der Erkenntnisgewinnung thematisiert?

Interventionsforschung als Politikpartner

Wie bei den historischen Analysen, werden auch gegenwärtige Kontroversen um die Sicht auf und die Steuerung der Weltpolitik selbst nicht sichtbar gemacht. Die Berechtigung von militärischen Interventionen durch die mächtigen Staaten in ehemalige Kolonialgebiete, die als Failed States bezeichnet und als Sicherheitsrisiko wahrgenommen werden, wird vorausgesetzt. „Mit erstaunlicher Selbstverständlichkeit – wir könnten auch sagen mit skrupelloser Dreistigkeit – kürzt der SFB 700 den Weg der Debatte über die Berechtigung globaler, militärischer Interventionspolitik ab. Der SFB fängt seine Studien just beim ‚Wie‘ der Interventionsausführung an. Ganz so als gehörte die kriegerische (und nicht ‚nur‘ die finanzielle) Teilnahme an solchen Kriegen nicht erst seit dem Jugoslawienkrieg 1999 ganz selbstverständlich zum politischen Alltag der BRD – alternativlos.“¹⁵ Ausgeblendet werden sowohl akademische Debatten als auch gesellschaftliche Widersprüche, die unter anderem von der Friedens- und globalisierungskritischen Bewegung, von linken und linksradikalen AktivistInnen, AnarchistInnen und Autonomen auf die

Straße getragen werden.

Das Erkenntnisinteresse im SFB 700 zielt auf die Anwendbarkeit in der Regierungspolitik. Lars Brozus geht es um einen „Beitrag (den) die im vorliegenden Band präsentierte Forschung zu Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit leisten kann, um die Wahrscheinlichkeit erfolgreichen internationalen Engagements zu steigern“.¹⁶ Brozus betont die Bedeutung der Forschung für die praktische Politik, zur Legitimierung politischer Strategien und für die Verlässlichkeit und Beständigkeit des internationalen Engagements.¹⁷ Der Teilbereich zu „weicher Steuerung“ strebt an, dass die Forschung „ein für begrenzte Staatlichkeit taugliches und empirisch anschlussfähiges Steuerungsverständnis erbringt.“¹⁸ Angesichts solcher Aussagen wundert es weniger, wenn Thomas Risse im Februar 2008 bei der medienwirksamen Präsentation der SFB-Afghanistan-Studie mit den Ergebnissen exakt jeden Schwenk gegenwärtiger Afghanistan-Politik der Bundesregierung bestätigen und stützen kann.¹⁹ Ein besonderes Augenmerk der Proteste fand die Enthüllung, dass Jan Koehler als Ausführender der Studie „parallel“ einen Auftrag „nur für den Dienstgebrauch“ des Verteidigungsministeriums zur Optimierung von Akzeptanzstrategien des Bundeswehrein-satzes in Afghanistan bearbeitet hat.²⁰ Der eindeutig militärstrategische Auftrag wurde sich zu eigen gemacht. Das Untersuchungsdesign beruht auf einer Gegenüberstellung der afghanischen Gemeinden nach militärischen Sicherheitskriterien in „problematische“ und „unproblematische“, eingeteilt unter Mithilfe von Bundeswehrexper-ten. Die „militärische Notwendigkeit“ der Akzeptanzerhaltung für die internationale Präsenz bei der Bevölkerung durch zivil-militärische Zusammenarbeit ist der Grund für den Auftrag zu dieser Studie.²¹

Die Zielsetzung eines solchen Auftrags ergänzt sich gut mit der Legitimationsargumentation (nicht nur) von Bernd Ladwig (SFB 700). „Streitkräfte mögen erforderlich sein, um ein Feld für politische Rekonstruktionsprozesse äußerlich zu sichern.“²² Ladwig befürwortet „gerechte Kriege“ und auf Dauer angelegte liberale (neokoloniale) Protektorate aufgrund der Pflicht zur Durchsetzung von Menschenrechten durch Staatsaufbau - unter der Bedingung „sensiblen Regierens“, das Gefühle der Demütigung, die unter Fremdbestimmung entstehen, beachtet (!). Sein Festhalten am Idealtyp der Staatlichkeit mag ihn in Konflikt bringen mit anderen SFB 700-ForscherInnen. Doch seine vehemente, moralische Argumentation für die Notwendigkeit externer, auch militärischer Eingriffe und

die begleitende Hierarchisierung von Staaten in berechtigtere, dem Staatsideal „verwirklichter Moralität“ näher stehende, und „illegitimen“ Rekonstruierungsbedürftigen unterstützen hervorragend die Forschung für (neo-)liberale Interventions- und Governancepolitik. „Mit den Grundfunktionen von Staatlichkeit steht ein zivilisatorisches und menschenrechtliches Minimum auf dem Spiel. Das legt externe Eingriffe und Aufbauhilfen nahe.“²³ „Zum Eingreifen autorisiert sind alle Akteure, die zum Staatsaufbau in der Lage und zur unbedingten Selbstbindung an Grundnormen des Völkerrechts bereit sind.“²⁴ Zum letztgenannten Aspekt erläutert Ladwig, dass die UN-Charta den menschenrechtlichen Ansprüchen im Völkerrecht nicht gerecht wird und deshalb auch ohne UN-Sicherheitsratsbeschluss militärische Interventionen – selbstverständlich nur in dringenden Fällen – möglich sein müssen. Einmischung ist bei Ladwig eine Frage der Pflicht, die mit dauerhaften Protektoratsaufgaben verbunden ist. „Normativ wie tatsächlich ist die Annahme irrig, man könne Ruinen von Staatlichkeit nach einem militärischen Eingriff zur Rettung von Menschenleben rasch wieder verlassen.“²⁵

Sozialmanagement

Über die Aufgabenstellung des SFB 700 sagt schon dessen Titel „Regieren ohne Staat? Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit“ recht deutlich etwas aus: Regierbarkeit muss hergestellt werden, auch dort, wo begrenzte Staatlichkeit noch Hindernisse stellt. „Begrenzte Staatlichkeit“ ist nach dem Verständnis des SFB auch in den Pariser Vorstädten, in weiten Teilen Süditaliens und in Berlin-Neukölln vorzufinden.²⁶ Das heißt, es geht nicht nur im globalen Süden, sondern auch hier um die Durchdringung von Räumen, deren soziale Gefüge und Handlungsweisen nicht (mehr) verstanden und nicht kontrolliert werden können. Die Möglichkeit der Ausnutzung ethnologischer Forschungsansätze ist erkannt worden. Nicht nur das Pentagon beschäftigt seit einigen Jahren aus der Erkenntnis heraus Ethnologen, dass für die Optimierung der Kontrolle der Welt äußere Machtdemonstration, Bedrohung und Zerstörung mit Waffengewalt allein nicht zum Ziel führen. Die ethnologischen Forschungsansätze des SFB 700 sollen Einblick in die tieferen sozialen Netzwerke geben, um Partner für Partizipationsprojekte identifizieren und Konzepte der „weichen“ Steuerung durch Anreiz-, Diskurs- und Selbststeuerung entwickeln zu können. „[U]m die Verweigerungshaltung und die selbstorganisierten sozialen Netzwerke zu

bekämpfen, müssen diese erst erkannt und ausgespäht werden. Hier ist die Parallele zu den Forschungsfeldern des SFB 700 (...) deutlich. Die neuen Regierungsformen zielen genau darauf, diese ‚nonkonformen Netzwerke‘ zu erforschen und dann zu sortieren: Unterwerfung und ‚Gewöhnung‘ an die gegenwärtigen Produktions- und Arbeitsprozesse, oder Repression bis hin zu Abschiebung und Knast.²⁷

Gerichtet auf Machtsicherung (?)

Es fällt schwer, die Arbeiten des SFB 700 nicht als in einer intentionalen Gerichtetheit als Beiträge zu den neuen Strategien der Herstellung von Macht und Steuerung zu begreifen, wie es u.a. Detlef Hartmann an verschiedenen Stellen²⁸ dargelegt hat. Sicherlich ist es nicht möglich, mit einer Beschreibung und Einschätzung des SFB 700 jeder/m beteiligten Wissenschaftler/in gerecht zu werden. Es gibt auch Kritik an anderen Bereichen der SFB-Projekte, beispielsweise gegen die bedenkenlose Aufwertung von privatwirtschaftlichen Akteuren als Kooperationspartner für Governance-Funktionen wie Sicherheit oder Wohlfahrt und, dass gleiche Rechte auf Versorgung für alle nicht mehr zur Grundlage genommen, sondern kollektive Güter nur mehr „für eine bestimmte soziale Gruppe“²⁹ bereitgestellt werden. Es wird aber auch darauf verwiesen, es gäbe beim SFB 700 auch ForscherInnen mit kritischen Beiträgen. Die wenigen kritischen Impulse scheinen vom SFB aufgesaugt zu werden und bleiben ohne Konsequenz. Sehr vorsichtig deutet Sebastian Conrad an, dass die Problemlagen in den heutigen Failing States „nicht ohne Bezug auf die koloniale Vergangenheit verstanden werden können“³⁰ und zeigt beispielhaft, dass gegenwärtige Konflikte in Ruanda und Kongo gerade auch in der deutschen kolonialen Praxis der „verwaltungstechnische[n] und im Dienste der indirekten Herrschaft stehende[n] Separierung ethnischer Gruppen“³¹ angelegt wurden. Würden diese oder andere kritische Aspekte weiterentwickelt, müsste der SFB beispielsweise die Berechtigung ausgerechnet der ehemaligen Kolonialstaaten und Wirtschaftsmächte zur gegenwärtigen militärisch eingreifenden Steuerung im Rest der Welt, gründlich hinterfragen. Das wäre jedoch unvereinbar mit ihrer Ausrichtung auf Politikberatung, die sich unter anderem mit der Beteiligung der Regierungsberatungsinstitution Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) ausdrückt. Insofern kann die in Gang gekommene kritische Auseinandersetzung mit dem SFB 700 auch eine Aufforderung sein, verständlich zu machen, welche anderen Ziele WissenschaftlerInnen denken ver-

folgen zu können und wie das im Rahmen dieser Großforschungseinrichtung mit den benannten Zielsetzungen möglich sein soll.

Anmerkungen

¹ Im Alfred-Krupp-Haus in Berlin, benannt nach dem Rüstungsindustriellen, hat der Sonderforschungsbereich 700 seinen Sitz. Krupp - förderndes SS-Mitglied seit 1931 und ab 1937 „Wehrwirtschaftsführer“ - nutze während des Zweiten Weltkriegs die Erhebungen und Datensammlungen von Wissenschaftlern, um sich mit Plünderungen von Wirtschaftsgütern in den von Deutschland besetzten Gebieten zu bereichern. Vgl. Peer Heinelt: Herrschaftswissen. „SFB 700“: Ein Institut an der FU Berlin liefert Informationen und Strategiekonzepte für bundesdeutsche Großmachtspolitik. 15.09.2008 junge Welt.

² <http://de.indymedia.org/2008/11/232400.shtml> und <http://de.indymedia.org/2008/11/231649.shtml>.

³ Marcel Heberlein: Im Schützengraben. Studierende üben heftige Kritik am SFB 700 und seiner Forschung – die WissenschaftlerInnen fühlen sich unfair behandelt. OSI-Zeitung, Studierendenzeitung des Otto-Suhr-Instituts. 7. Ausgabe, Febr. 2009: 1.

⁴ Studierenden-Forum FuWatch, <http://fuwatch.wordpress.com/2008/12/11/offener-brief-von-ib-affinen-studierenden-gegen-den-anti-sfb-protest/>.

⁵ <http://fachschaftsinitiativen.files.wordpress.com/2009/01/embedded-stakeholders1.pdf>.

⁶ Rosa Rot: Bildungsprivatisierung, Version OSI, In: Failing Sciences, Embedded Stakeholders. Wider den SFB 700. <http://fachschaftsinitiativen.files.wordpress.com/2009/01/embedded-stakeholders1.pdf>; 2009: 18-23.

⁷ Thomas Risse/ Ursula Lehmkuhl (Hrsg.): Regieren ohne Staat? Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit. 2007.

⁸ Risse/Lehmkuhl 2007.

⁹ Detlef Hartmann: Für eine postmoderne Erneuerung des anticolonialen Kampfes. In: Failing Sciences, Embedded Stakeholders. Wider den SFB 700. <http://fachschaftsinitiativen.files.wordpress.com/2009/01/embedded-stakeholders1.pdf>; 11.

¹⁰ Mechthild Leutner: Kooperationsnetze und Akteure im semi-kolonialen China, 1860-1911. In: Risse/Lehmkuhl 2007: 172-173.

¹¹ ebd.: 161.

¹² ebd.: 157.

¹³ Ursula Lehmkuhl: Regieren im kolonialen Amerika. Colonial Governance und koloniale Gouvernamentalité in französischen und englischen Siedlungskolonien. In: Risse/Lehmkuhl 2007: 111-133. Zur Kritik: Detlef Hartmann: Für eine postmoderne Erneuerung des anticolonialen Kampfes. In: Failing Sciences, Embedded Stakeholders. Wider den SFB 700, 2009.

¹⁴ Sebastian Conrad: Wissen als Ressource des Regierens in den deutschen und japanischen Kolonien des 19. Jahrhunderts. In: Risse/Lehmkuhl 2007: 134.

¹⁵ Zitrofa Ochi/ Nivis Derva: Wider die Waffen der Realitätsschmiede SFB 700. In: Failing Sciences, Embedded Stakeholders. Wider den SFB 700: 15.

¹⁶ Lars Brozus: Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit als Problem der Politik. In: Risse/ Lehmkuhl 2007: 374.

¹⁷ ebd.: 386-387.

¹⁸ Projektantrag SFB 700 Teilprojekt A2 - Weiche Steuerung: Sozialwissenschaftliche Machttheorien und das Regieren in Räumen begrenzter Staatlichkeit. http://www.sfb-governance.de/teilprojekte/projektbereich_a/a2/langfassung.html.

¹⁹ vgl. Studierenden-Forum FuWatch, <http://fuwatch.wordpress.com/2008/04/25/sfb-governance-in-der-kritik/>.

²⁰ Zur Auseinandersetzung mit der Afghanistan-Studie: Ralf Hutter: Im Afghanistan-Einsatz für Uni und Militär. In: Out of Dahlem. Januar 2009, Nr. 8; Ralf Hutter: SFB 700 – Ein Tiefpunkt ist erreicht. <http://fachschaftsinitiativen.wordpress.com/beitrag/vom-24.01.2009/>; Detlef Hartmann: Die systemische Aggressivität des Clusters SFB 700. In: Out of Dahlem. Januar 2009, Nr. 8; Die geheime Afghanistan Studie von Zürcher/Köhler wurde im Kommentar-Anhang zu einem Indymedia-Feature veröffentlicht: <http://de.indymedia.org/2008/11/231649.shtml>.

²¹ Jan Koehler und Christoph Zürcher: Quick Impact Projects in Nordost-Afghanistan. Eine Studie im Auftrag des BMVg, 2007, <http://de.indymedia.org/2008/11/231649.shtml>.

²² Bernd Ladwig: Gebotene Fremdbestimmung? Normative Überlegungen zum Umgang mit zerfallender Staatlichkeit. In: Thomas Risse/ Ursula Lehmkuhl (Hrsg.): Regieren ohne Staat? Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit. 2007: 359.

²³ ebd.: 354.

²⁴ ebd.: 362.

²⁵ ebd.: 371.

²⁶ Risse/Lehmkuhl 2007: 17.

²⁷ Steen Thorsson: No Go Areas in Berlin. Anmerkungen zu Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit in den Metropolen. In: Failing Sciences, Embedded Stakeholders. Wider den SFB 700. 2009: 36.

²⁸ Detlef Hartman: Für eine postmoderne Erneuerung des anticolonialen Kampfes. 2009: 9; Detlef Hartmann: Die Knarre in der einen Hand, den Bleistift in der anderen. www.materialien.org/texte/hartmann/700-2-2.pdf.

²⁹ Risse/Lehmkuhl 2007: 20.

³⁰ Sebastian Conrad: Wissen als Ressource des Regierens in den deutschen und japanischen Kolonien des 19. Jahrhunderts. In: Risse/Lehmkuhl 2007: 148.

³¹ ebd.: 148.

Zum SFB gibt es überdies eine ausführliche Broschüre:

Failing Science Embedded Stakeholders

<http://fachschaftsinitiativen.files.wordpress.com/2009/01/embedded-stakeholders1.pdf>

Fallstricke der Friedensforschung: Das Beispiel INEF

von Sarah Nagel



In der Militärpolitik sind Politiker darauf angewiesen, für ihre Pläne im Vorfeld ausreichend Legitimation in der Bevölkerung zu schaffen, weil es um Aufrüstung oder Auslandseinsätze geht und sie keinen Widerstand dagegen riskieren wollen. Offiziell geht es immer um die Verteidigung der Sicherheit im Land oder humanitäre Motive, nicht um die Durchsetzung von Interessen. Droht einem Land eigentlich keine unmittelbare Gefahr, dann wird sie häufig konstruiert, um Zweifel an einem militärischen Einsatz wegzuwischen. Die nötige Vorarbeit dafür leisten oftmals Wissenschaftler in Think Tanks, Beraterstäben und Instituten. Das kann offen passieren wie etwa in der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), die der Regierung direkt zuarbeitet. Deren Mitarbeiter begannen zum Beispiel schon im Januar 2008 Artikel zu veröffentlichen, in denen der wachsende Bedarf nach Aufstandsbekämpfungseinheiten in Afghanistan propagiert wurde – parallel zur Entscheidung der Bundesregierung, im Juni eine Quick Reaction Force mit genau diesem Operationsschwerpunkt dorthin zu entsenden. Auch die faktische Kolonialisierung des Kosovo wurde ähnlich vorbereitet, diesmal im Bertelsmann-nahen Centrum für angewandte Politikforschung (CAP). Die Idee einer eingeschränkten „Unabhängigkeit“ des Kosovo unter internationaler Überwachung wurde anfangs durch den transatlantischen Think Tank International Crisis Group formuliert. Das CAP griff die Idee auf und schlug außerdem vor, dass anstatt der UN die Europäische Union diese Überwachung übernehmen sollte. Der Vorschlag fand sich wenig später in einem Antrag wieder, den die FDP mit Unterstützung der CDU/CSU-Fraktion in den Bundestag einbrachte. Er konkretisierte sich schließlich im Athisaari-Plan, der die „Unabhängigkeit“ des Kosovo einleitet.

Nicht immer ist die Einflussnahme der Wissenschaft jedoch so deutlich oder gewollt wie in diesen Beispielen. Oft werden Forschungsergebnisse und wissenschaftliche Diskussionen für die Umsetzung politischer Ziele benutzt, ohne dass die Wissenschaftler diese direkt unterstützen würden oder wollen.

Ein Beispiel für das Zusammenspiel von

Politik und Wissenschaft ist das Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) in Duisburg, das 1990 gegründet wurde. Das Institut forscht an der Schnittstelle zwischen Frieden und Entwicklung, etwa über Konfliktursachen, und entwickelt teils auch politische Lösungsansätze. Das INEF forscht unter anderem für Drittmittelgeber wie die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), die Bertelsmann-Stiftung, die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF) oder das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ). Das Institut schlägt mit seiner „anwendungsorientierten Forschung eine Brücke zwischen Theorie und Politik.“ Dazu gehört unter anderem das Friedensgutachten, das jedes Jahr von den fünf größten deutschen Instituten für Friedens- und Konfliktforschung herausgegeben wird und dessen Redaktionsleitung 2009 das INEF übernimmt. Das Friedensgutachten wertet aktuelle Konflikte aus und spricht Empfehlungen für die außen- und sicherheitspolitische Strategie Deutschlands und Europas aus. Gleichzeitig läuft die Arbeit des INEF vor allem im Bereich der „Menschlichen Sicherheit“ Gefahr, der Bundesregierung dabei zu helfen, sicherheitspolitische Entscheidungen problemloser vermitteln zu können. Einerseits forscht das INEF selbst am Projekt „Theorie und Praxis: Human Security“ und beteiligt sich andererseits seit einigen Jahren gemeinsam mit der AG Human Security der Universität Marburg an der sog. „Human Security Research Unit“.

Menschliche Sicherheit: Steilvorlage für Militärinterventionen

Das Konzept der menschlichen Sicherheit (Human Security) wurde erstmals 1994 im jährlichen Bericht des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP) erwähnt, es findet sich heute auch in der Militärpolitik der EU und der Außenpolitik einiger Regierungen wieder, etwa der kanadischen und japanischen, aber auch im Weißbuch der Bundeswehr von 2006 wird es erstmals explizit erwähnt. Der Begriff „Sicherheit“ wird dabei nicht mehr nur auf die Sicherheit von Staatsgrenzen, sondern auf die Sicherheit von Einzelpersonen bezogen. Deren physische und soziale Sicherheit wird

Voraussetzung für Frieden: „Es kann auf der Welt kein Frieden herrschen, solange die Menschen nicht in ihrem Alltag Sicherheit haben. Zukünftige Konflikte können öfter innerhalb von Nationen stattfinden als zwischen ihnen – mit Ursachen, die tief begraben in wachsender sozioökonomischer Ungleichheit und Mangel liegen. Die Suche nach Sicherheit in diesem Kontext liegt in Entwicklung, nicht in Waffen. Zu lange war das Verständnis von Sicherheit durch die Möglichkeit eines Konfliktes zwischen Staaten geprägt. Zu lange wurde Sicherheit mit der Bedrohung von Staatsgrenzen gleichgesetzt. Zu lange strebten die Nationen nach Waffen, um ihre Sicherheit zu gewährleisten. Heute erwächst das Gefühl von Unsicherheit für die meisten Menschen eher aus Sorgen des Alltags denn aus der Furcht vor einer Katastrophe im Weltmaßstab.“¹

Die EU verwendete den eigentlich friedlich klingenden Sicherheitsbegriff als Argumentationshilfe für eine aggressivere außenpolitische Strategie. Im dem Papier „Eine Menschliche Sicherheits-Doktrin für Europa“ (HSD) nutzte der erweiterte Sicherheitsbegriff den Schreibern dazu, die Notwendigkeit einer Human Security Response Force (HSRF) zu erläutern. Die HSRF, die 10.000 Soldaten und 5.000 Zivilisten umfassen soll, wurde zwar noch nicht beschlossen, doch diese Entscheidung ist nur eine Frage der Zeit und die bestehenden EU-Battlegroups sind schon unter ähnlichen Vorzeichen aufgebaut worden.

Auch andere Regierungen fanden eine verdrehte Verwendung des Begriffs menschlicher Sicherheit: Für sie zählt vor allem, dass mit dem erweiterten Begriff Militärinterventionen in Ländern möglich und legitimierbar werden, weil die Souveränität von Staaten leicht durch die Argumentation aufgeweicht werden kann, die Menschen zu schützen. „In der ‚realen Welt‘ von heute ist die brutale Wahrheit die, dass wir uns nicht mehr einfach für Intervention oder Nicht-Intervention entscheiden können. Wir haben die Wahl zwischen ad-hoc – oder regelbasierter, zwischen unilateraler oder multilateraler, zwischen konsensueller oder entzweierender Intervention“, schreibt Ramesh Thakur im von INEF herausge-

geben Buch „Menschliche Sicherheit“.² Interventionen sollten „von Fall zu Fall“ beschlossen werden, ein einheitlicher Katalog mit Kriterien sei nicht praktikabel.³ Auch INEF-Mitarbeiter Sascha Werthes sieht eine Aufweichung staatlicher Souveränität und leitet daraus eine „Verantwortung“ westlicher Staaten für Krisengebiete ab. „Im Endergebnis sind die Folgen dieses normativen Wandels offensichtlich weit reichend. Indem die staatliche Souveränität eingeschränkt wird, wird die Norm der Nicht-Intervention explizit im Namen menschlicher bzw. individueller Sicherheit angegriffen“, schreibt er in dem Artikel „Human Security: New Threats, New Responsibilities“, der 2007 in den Zeitschriften „Safety & Security International“ und „Military Technology“ erschienen ist, die beide vom rüstungsnahen München-Verlag herausgegeben werden.⁴

Wie diese Verantwortung aussehen kann, zeigt zum Beispiel der Bericht „The Responsibility to Protect“, den die International Commission on Intervention and State Sovereignty (ICISS) 2001 veröffentlicht hat und der militärische Eingriffe in „Extremfällen“ ausdrücklich vorsieht. Von Politikern kann die konstruierte Verantwortung leicht dafür benutzt werden, militärische

oder als „humanitär“ deklarierte Interventionen zu begründen. „Human Security war vermutlich genau aus den Gründen politisch wirksam, aus denen es im akademischen Raum mit Zurückhaltung, Skepsis oder gar Ablehnung aufgenommen wurde: seiner begrifflichen Vagheit und Mehrdeutigkeit.“, schreiben Werthes und Tobias Debiel 2005.⁵ Damit meinten sie eigentlich, dass auch nichtstaatliche Organisationen wie zum Beispiel Vertreter der Entwicklungspolitik auf dem Begriff aufbauen können. Tatsächlich fand ursprünglich die soziale Komponente von Sicherheit eine starke Betonung, wurde aber – leider – mittlerweile nahezu komplett durch eine Fokussierung auf physische Sicherheit verdrängt, die es mittels Militärinterventionen herzustellen gelte. Das INEF gibt hier Handlungsanweisungen an die Politik, anstatt den Begriff und dessen Auswirkungen präzise zu bearbeiten – was auch schlecht möglich ist, weil er keine beschreibende Komponente hat und damit schlecht überprüft werden kann.

Friedensforschung oder Kriegsforschung?

Es besteht schon seit einigen Jahren eine Diskussion darüber, welche Aufgabe die Friedens- und Konfliktforschung eigentlich hat. Der Marburger Friedens- und Konfliktwissenschaftler Karlheinz Koppe weist darauf hin, dass „Friedensforschung eigentlich Kriegsforschung“ genannt werden sollte. „Das ist keine Abwertung, denn über den Krieg, seine Ursachen und seine Überwindung zu forschen und nachzudenken, bleibt eine wichtige Aufgabe. Ich will nur darauf hinweisen, dass die Friedenswissenschaft vorrangig über Krieg und nicht über Frieden forscht. Der Ansatz, dass Frieden die Abwesenheit von Krieg bedeutet und die Überwindung des Krieges Frieden fördert, mag zwar richtig sein, reicht aber nicht aus.“ Einige friedenswissenschaftliche Projekte stellen aber nicht nur die Forschung über

Krieg in den Vordergrund, sondern leisten militärischen Interventionen Vorschub - ob bewusst oder unbewusst. Häufig konzentriert sich die Forschung auf Konfliktsituationen, die schon bestehen. Zu erforschen, welche Ursachen zu Konflikten führen und wie sie sich vermeiden ließen, rückt in den Hintergrund. INEF setzt sich grundsätzlich für eine soziale und friedenspolitische Vorsorge ein. Das Institut hat zum Beispiel einen Indikatorenkatalog für Krisenpotenziale in Konfliktsituationen erstellt, bei dem ein zukünftiger „Reform- und Modernisierungsdruck“ in Regionen bedacht wird, der zu sozialen Spannungen führen kann. Tobias Debiel und Volker Matthies von INEF kritisierten schon im Jahr 2000, dass es an politischem Willen für Maßnahmen der sozialen und friedenspolitischen Vorsorge mangelt: „In allen Politikfeldern klappt eine große Kluft zwischen der propagierten ‚Kultur der Prävention‘ und der weiterhin ‚vorherrschenden (Un-)‘Kultur der Reaktion“, meinen sie. „Unverkennbar ist, dass staatliche wie nichtstaatliche Akteure den Begriff [Menschliche Sicherheit] verwenden, um eigenes Handeln zu legitimieren, öffentliche Aufmerksamkeit zu erzielen oder schlicht zu demonstrieren, dass sie konzeptionell ‚auf der Höhe der Zeit‘ sind.“

Erkenntnisse der Friedens- und Konfliktforschung werden von Politikern demzufolge häufig zweckentfremdet. Auch das INEF läuft mit einigen seiner Forschungsprojekten Gefahr, als Legitimationshilfe für aggressive Politik zu dienen, vor allem deshalb, weil eine deutliche Kritik am westlichen Militärinterventionismus zumeist unterbleibt. Insbesondere wird tunlichst vermieden sich der Frage zu widmen, inwieweit nicht westliche Militäreinsätze darauf abzielen, die herrschende soziale Ungleichheit und damit Unsicherheit aufrechtzuerhalten. Wer dies aber unterlässt, der läuft Gefahr, zum Steigbügelhalter für die Durchsetzung westlicher Interessenspolitik zu werden.

Anmerkungen

¹ UNDP: Human Development Report 1994 – New dimensions of human security.

² Ulbert, Cornelia; Werthes, Sascha: Menschliche Sicherheit, Baden-Baden 2008, S. 121

³ Ulbert, Cornelia; Werthes, Sascha: a.a.O., S. 117

⁴ Werthes, Sascha: New Threads, New Responsibilities, in: Safety & Security International, 2/2007, S. 148

⁵ Debiel, Thomas; Werthes, Sascha: Human Security – Vom politischen Leitbild zum integralen Baustein eines neuen Sicherheitskonzepts?, in: Sicherheit und Frieden 1/2005, S. 11 ff.



Cover der INEF-Publikation: Menschliche Sicherheit

Transatlantischer New Deal

Das US-Angebot auf der Münchner Sicherheitskonferenz - mehr mitkämpfen und mehr mitbestimmen

von Jürgen Wagner

Die Runderneuerung der transatlantischen Beziehungen mitsamt einer Stärkung der NATO, der Krieg in Afghanistan und das Verhältnis zu Russland, diese eng miteinander zusammenhängenden Themen bestimmten die Agenda der Münchner Sicherheitskonferenz am 7./8. Februar. Schon im Vorfeld des alljährlichen Treffens der außen- und sicherheitspolitischen Eliten hatte die neue US-Regierung unter Präsident Barack Obama angekündigt, ihr erster „außenpolitischer Aufschlag“ werde in München erfolgen. Und in der Tat schlug Vizepräsident Joseph Biden in seiner Grundsatzrede nicht weniger als einen „Transatlantischen New Deal“ vor.

Hinter der demonstrativ zur Schau gestellten Charmeoﬀensive verbirgt sich jedoch knallharte Interessenspolitik. Denn die nun von Biden den europäischen NATO-Verbündeten angebotene „neue Ära der Zusammenarbeit“ erfolgt vor dem Hintergrund des politischen, wirtschaftlichen und militärischen Desasters, das die Bush-Administration durch ihren Versuch hinterlassen hat, die alleinige US-Vormachtstellung sowohl gegenüber Russland und China als auch der Europäischen Union durchzusetzen. Im Ergebnis sind die Vereinigten Staaten gegenwärtig erheblich geschwächt, neue Akteure (oder: „Rivalen“) verzeichnen deutliche Positionsgewinne, während die USA gleichzeitig nicht mehr in der Lage sind, die (militärische) Aufrechterhaltung der Weltordnung im Alleingang zu gewährleisten.

Aus diesem Grund will die Obama-Administration die Kosten der Weltordnungskriege deutlich stärker auf die EU-Staaten verlagern – ja sie sind angesichts der Rahmenbedingungen regelrecht hierzu gezwungen. Im Austausch hierfür bieten sie an, künftig EU-Interessen in deutlichem größerem Umfang als in den Jahren unter George W. Bush zu berücksichtigen. Im Kern lautet der Transatlantische New Deal also folgendermaßen: Wenn die Europäer künftig adäquat mitkämpfen, dürfen sie auch substanziell mitreden. Ihren institutionellen Niederschlag soll diese Neue Transatlantische Partnerschaft in einer gestärkten NATO finden. Es geht also darum, angesichts der erodierenden westlichen Vorherrschaft die transatlantischen

Reihen zu schließen und künftig wieder stärker gemeinsam die Aufrechterhaltung der Hierarchie- und Ausbeutungsverhältnisse des kapitalistischen Systems buchstäblich in Angriff zu nehmen. Der britische Außenminister David Miliband brachte das Ganze in seiner Rede auf der Sicherheitskonferenz auf den Punkt: „Europas und Nordamerikas Interessen - politische, wirtschaftliche und militärische - liegen sehr nahe beieinander. [...] Jetzt ist für uns der Zeitpunkt gekommen, das Bündnis zu erneuern. Weil wir einander mehr als zuvor brauchen, da globale Macht sich heute auf immer mehr Akteure verteilt. Und weil Präsident Obama signalisiert hat, dass er unsere Partnerschaft intensivieren will.“¹

Zwei-Bahn-Straße NATO: Mitkämpfen und mitreden!

Die finanzielle Lage der Vereinigten Staaten ist nicht erst seit der jüngsten Finanzkrise bedrohlich. So belief sich das US-Handelsbilanzdefizit 2007 auf gigantische \$700 Mrd. und die offizielle Staatsverschuldung stieg 2008 erstmals auf über \$10 Billionen (rechnet man die Deckungslücke der sozialen Sicherungssysteme hinzu, so beläuft sich diese Zahl nach Angaben des US-Finanzministeriums auf über \$50 Billionen). Der machtpolitische Abstieg der USA scheint somit vorprogrammiert, wie ein Dokument der US-Geheimdienste bereits Ende letzten Jahres feststellte: „Der wirtschaftliche und politische Einfluss der USA wird in den kommenden zwei Jahrzehnten sinken. Es wird mehr Unruhen auf der Welt geben, Nahrungsmittel und Wasser werden knapper, Waffen immer zahlreicher. Das prophezeit die Studie ‚Global Trends 2025‘, veröffentlicht vom ‚National Intelligence Council‘, dem Zentrum der US-Geheimdienste für mittel- und langfristige strategische Prognosen.“² Gleichzeitig verzeichnen Russland und China erhebliche machtpolitische Zugewinne, weshalb eine Zunahme der Konflikte erwartet wird. So liefert die Army Modernization Strategy Juni 2008, ein wichtiges Pentagon-Planungsdokument, folgende Lageeinschätzung: „Uns droht eine mögliche Rückkehr zu traditionellen Sicherheitsbedrohungen durch neu auftretende, fast ebenbürtige Mächte, und zwar jetzt, wo wir im weltwei-

ten Wettstreit um knapper werdende Rohstoffe und Überseemärkte stehen.“³ Dies ist das Setting, vor dessen Hintergrund die neue US-Administration auf der Münchner Sicherheitskonferenz ihren Vorschlag für einen Transatlantischen New Deal unterbreitete.

Mit blumigen Worten reichte Joseph Biden den EU-Verbündeten die Hand. Die neue US-Regierung stehe für ein „neues Zeitalter“, sie sei „entschlossen, einen neuen Ton einzuschlagen.“ Dass es sich hierbei jedoch keineswegs um ein reines Wohlgefühlprogramm handelt, sondern um eine angesichts der beschriebenen Rahmenbedingungen zwingende Anpassung der US-Politik, deutete der Vizepräsident ebenfalls an: „Dieser neue Ton ist kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit.“ Anschließend konkretisierte Biden die Bedingungen den Transatlantischen New Deal: „Die USA werden mehr tun, aber die USA werden auch mehr von ihren Partnern verlangen.“

Eine deutliche Kritik an die Adresse der EU-Staaten richtete NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer, indem auch er eine größere Lastenteilung im Bündnis einforderte. Mehr Mitsprache und mehr Beteiligung in der Allianz „gehen Hand in Hand“: Wenn die USA einerseits ihren Beitrag in Afghanistan erhöhen wollten, europäische NATO-Partner hierzu im Gegenzug aber nicht bereit seien, „macht das die Aufforderung, dass die Europäer mehr gehört werden wollen in Washington, doch etwas hohl.“ Wer mehr mitreden will, der muss auch mitkämpfen, so die alles dominierende Grundaussage auf der Sicherheitskonferenz, schließlich sei die NATO eine „Zwei-Bahn-Straße“, so der NATO-Generalsekretär.

Joseph Biden präzierte in seiner Rede deutlich, was Sinn und Zweck der ganzen Übung ist, nämlich auch künftig sicherstellen zu können, dass sich andere Länder an die kapitalistischen Spielregeln halten – mit Gewalt falls erforderlich: „Aber wir sagen zu unseren Freunden, dass die Bündnisse, Verträge und Internationalen Organisationen, die wir schaffen, glaubwürdig und effektiv sein müssen. Das erfordert eine gemeinsame Verpflichtung, sich nicht nur selbst an die Regeln zu halten, sondern ihre Einhaltung auch zu erzwingen. [Hervorhebung im Redemanuskript] Während die Vereinigten Staaten die Bedeutung von Diplomatie, Entwicklung, Demokratie und dem Erhalt unseres Planeten zu erhöhen, bitten wir unsere Verbündeten, ihre eigenen Ansätze zu überdenken – einschließlich ihrer Bereitschaft, Gewalt anzuwenden, wenn alles andere fehlschlägt.“

Die US-Botschaft ist angekommen und

wurde wohlwollend aufgegriffen, wie die Beiträge von Angela Merkel und Nicolas Sarkozy auf der Sicherheitskonferenz bestätigen. Gleichzeitig machten beide aber auch keinen Hehl daraus, dass es bestimmte Bedingungen gibt, die an eine transatlantische Annäherung geknüpft sind – allen voran die machtpolitische Aufwertung der EU.

EU: Bedingungen für den Transatlantischen New Deal

Für die EU-Staaten ist eine Erneuerung des Bündnisses mit den USA kaum weniger zwingend als für Washington. Denn auch ihre Machtposition ist in den letzten Jahren erheblich erodiert. In einer im September 2008 veröffentlichten Studie schlug der einflussreiche European Council on Foreign Relations (ECFR) unmissverständlich Alarm. Der Bericht konstatiert, die EU verfüge über eine „schwindende Fähigkeit, die Spielregeln zu bestimmen.“ Der Einfluss der EU (aber auch der USA) in der UN-Generalversammlung nehme ebenso rapide ab, wie der von Russland und China ansteige.⁴

Somit ist der Boden für eine transatlantische Aussöhnung bereitet, die auf realistischen machtpolitischen Erwägungen beruht. Der einflussreiche Publizist Robert Kagan beschreibt das Kalkül Frankreichs und Deutschlands folgendermaßen: „Auch in Europa besteht ein unverkennbarer Trend zu engeren strategischen Beziehungen mit den USA. [...] Dies geschieht allerdings nicht aus neu erwachter Zuneigung zu den Vereinigten Staaten, sondern wegen der sich ändernden internationalen Lage und der Lehren aus der Vergangenheit. Die amerikafreundlichere Außenpolitik von Nicolas Sarkozy und Angela Merkel hat nicht nur mit ihren jeweiligen Persönlichkeiten zu tun, sondern verdankt sich einer Neubewertung der französischen, deutschen und europäischen Interessen. Enge [...] Beziehungen zu den USA, so ihrer

beider Überzeugung, verleihen der Macht und dem weltweiten Einfluss Europas einen Auftrieb, den Europa aus eigener Kraft nicht zustande brächte.“⁵ Ganz in diesem Sinne argumentierten Merkel und Sarkozy in einem gemeinsamen Artikel kurz vor der Sicherheitskonferenz: „Angesichts der Herausforderungen braucht Europa die Vereinigten Staaten von Amerika, und die USA brauchen einen starken europäischen Partner.“⁶

Was man dabei vor allem im Auge hat, ist ein Ausbau der EU-Militärkapazitäten, der wiederum zu einer Stärkung der NATO beitragen soll. Bei ihrer Rede in München zeigte sich Angela Merkel begeistert, von der „rasanten Entwicklung“ der EU-Militarisierung, mahnte zugleich aber deren weitere Forcierung an – unter anderem durch eine Verabschiedung des Lissabonner Vertrages. In diesem Zusammenhang wird von Washington klar und deutlich erwartet, seine bisherige Blockadehaltung gegenüber eigenen EU-Militärkapazitäten zu beenden – auch das ist Teil des neuen Handels. Schon unter Clinton und noch mehr unter Bush wurde die EU-Armee als Bedrohung empfunden und nach Kräften torpediert. Nun aber kündigte Joseph Biden bei seiner Rede an, der EU künftig eine größere Rolle einräumen zu wollen und begrüßte sogar explizit den Ausbau der EU-Militärkapazitäten: „Wir unterstützen ebenfalls die Stärkung der europäischen Verteidigungskapazitäten, eine größere Rolle der Europäischen Union hinsichtlich dem Erhalt von Frieden und Sicherheit [sowie] eine substanziell stärkere NATO-EU-Partnerschaft.“⁷

Ein wesentlicher Teil des neuen transatlantischen Schulterschlusses ist darüber hinaus die angekündigte Rückkehr Frankreichs in die NATO-Militärstrukturen. Nach mehr als 40jähriger Abwesenheit symbolisiert kaum etwas deutlicher, dass man gewillt ist – sicher vorhandene – Meinungsverschiedenheiten zugunsten einer gemeinsamen Interessensdurchsetzung

einstweilen zurückzustellen – Pack schlägt sich, Pack verträgt sich: „Dass Frankreich nun rechtzeitig vor dem historischen Gipfel im April in die Nato-Strukturen zurückkehrt, ist ein Beleg dafür, dass der Westen sich zusammenreißen will. Die französisch-amerikanischen Eifersüchteleien kann er sich angesichts der weltweiten Herausforderungen ebenso wenig leisten wie das ewige Hickhack zwischen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und der Nato.“⁸

Umgekehrt scheint Washington nun bereit zu sein, diesen Schritt angemessen zu honorieren und Einfluss im Bündnis zugunsten Frankreichs abzugeben. So wurde kurz vor der Sicherheitskonferenz berichtet, Frankreich werde voraussichtlich das „Allied Command Transformation“ (ACT) in Norfolk übernehmen, eines der beiden strategischen NATO-Oberkommandos, das bislang stets von einem US-Amerikaner geleitet wurde.⁹ Eine solche Abgabe von Macht seitens der Vereinigten Staaten wäre bis vor kurzem noch undenkbar gewesen – nun ist sie Bestandteil des Verhandlungspakets.

Auch Kanzlerin Merkel formulierte auf der Sicherheitskonferenz ihre Bedingung für eine transatlantische Aussöhnung: „Konflikte sind von keinem Land mehr allein zu lösen, sondern wir brauchen einander [...] Das heißt, der kooperative Ansatz muss die Grundlage unseres Handelns sein.“ Mit anderen Worten, Washington hat künftig sein Handeln mit der EU abzustimmen und auf deren Interessen Rücksicht zu nehmen. In klarem Deutsch übersetzte Spiegel Online Merks Botschaft mit folgenden Worten: „Die Kanzlerin fordert von Washington, künftig nie mehr Alleingänge bei internationalen Konflikten zu unternehmen - die Nato sei dafür das zentrale Instrument.“¹⁰ Soviel zum allgemeinen Rahmen, der wirkliche Test, ob sich dieses Konstrukt als tragfähig erweisen wird, dürfte aber der NATO-Krieg in Afghanistan sein.



Demonstration gegen den Münchner Sicherheitskonferenz 2009

Afghanistan: „Mehr Soldaten, mehr von allem“

Schon bei seiner Rede in Berlin im Sommer 2008 hatte Barack Obama eine massive Aufstockung der US-Truppen angekündigt – nach gegenwärtigen Planungen sollen zusätzlich zu den knapp 70.000 Soldaten weitere 20-30.000 entsendet werden. Gleichzeitig kündigte er in der Rede an, er wolle „diese Verpflichtung dazu nutzen, um von den NATO-Verbündeten größere Beiträge – mit weniger Einschränkungen – einzufordern.“¹¹

Im Wesentlichen wurde diese Forderung von den US-Vertretern auf der Sicherheitskonferenz wiederholt. „Es wird weder einfach noch billig, ein langer Kampf steht bevor“, gab David Petraeus in München zum Besten. Der US-Kommandeur für den Nahen und Mittleren Osten forderte jedes Land dazu auf, zu überprüfen, ob sein Einsatz für Afghanistan groß genug sei. „Mehr Logistik, mehr Aufklärung, mehr Flugzeuge, mehr Informationseinheiten. Das ist von essentieller Bedeutung.“ Es sei sehr wichtig, dass nun große finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt würden, so Petraeus: „die Länder müssen ihren Verpflichtungen nachkommen.“ Obwohl der Krieg in Afghanistan trotz – oder besser wegen – den immer größeren Truppenentsendungen weiter eskaliert, wird unbeirrt am bisherigen Kurs weitestgehend festgehalten: „Mit nur einem Satz lässt sich die neue Strategie der Amerikaner in Afghanistan zusammenfassen, die David Petraeus in München vorstellte. Der General, der schon für die Wende im Irak sorgte: Mehr von allem wollen die Amerikaner. Mehr Soldaten, mehr Investitionen in zivile Projekte.“¹²

Frankreich und Deutschland haben die Zeichen der Zeit erkannt und ihre Kontingente bereits deutlich erhöht. Obwohl die Bundesregierung eigentlich – nicht zuletzt angesichts der Ablehnung in der deutschen Bevölkerung – der Meinung ist, schon mehr als genug in diesem Krieg zu leisten, stellte

Verteidigungsminister Franz-Josef Jung Berichten zufolge am Rande der Konferenz in Aussicht, Deutschland werde darüber hinaus noch mehr Soldaten für die Schnelle Eingreiftruppe (Quick Reaction Force) bereitstellen, die im Norden Afghanistans für die Aufstandsbekämpfung zuständig ist.¹³ Auf keinen Fall scheint man die Neue Transatlantische Partnerschaft mit den USA an einem mangelnden Kriegswillen in Afghanistan scheitern lassen zu wollen, dafür ist die Angelegenheit zu wichtig, wie der European Council on Foreign Relations betont: „Die Frage wird wohl in Washington als Lackmusest angesehen werden, ob die Europäer als strategische Partner ernst genommen werden sollten. Somit dürfte die europäische Reaktion die transatlantischen Sicherheitsbeziehungen auf lange Sicht, also die nächsten vier oder acht Jahre beeinflussen.“¹⁴ Doch Afghanistan ist nur der erste Schritt auf dem Weg zu einer Runderneuerung der NATO.

Pro-aktive NATO und das Neue Strategische Konzept

Beim NATO-Führerjahrgipfel am 3./4. April soll die Erarbeitung eines Neuen Strategischen Konzeptes in Auftrag gegeben werden. Allein schon dass Barack Obama mit James Jones einen ehemaligen NATO-Oberkommandierenden als Nationalen Sicherheitsberater ernannt hat, ist ein Zeichen für dessen Bereitschaft, das Bündnis zu stärken. In einem Interview am Rande der Sicherheitskonferenz plädierte Jones dann auch für eine „bewegliche Allianz“, die auf die neuen Bedrohungen in der Welt „proaktiv“ reagieren müsse, „um Konflikte vor ihrer Entstehung zu stoppen.“¹⁵ Damit hat Jones, wie Presseberichte schreiben, nicht weniger als den – in den letzten Jahren eher schleppend verlaufenen – „Umbau der NATO vom Verteidigungsbündnis zum Sicherheitsbündnis vorgeschlagen.“¹⁶

Darüber hinaus kristallisiert sich ein Konsens heraus, auf welche Weise die

bündnisinternen Strukturen und Entscheidungsprozesse „reformiert“ werden sollen. Sowohl ein einflussreiches Papier fünf ehemaliger NATO-Generäle als auch Aussagen von James Jones und eine gemeinsame Studie von vier der wichtigsten amerikanischen Denkfabriken, die kurz vor der Sicherheitskonferenz Anfang Februar veröffentlicht wurde, nennen unisono folgende Punkte: Abschaffung des Konsensprinzips (zumindest auf allen Ebenen unterhalb des NATO-Rats); Keine Mitspracherechte an NATO-Kriegen für die Mitgliedsländer, die sich nicht beteiligen; Übernahme der Einsatzkosten durch sämtliche NATO-Staaten und nicht nur diejenigen, die sich an einem Krieg beteiligen; Aufwertung ziviler Kapazitäten in NATO-Stabilisierungseinsätzen.¹⁷

Gerade den letzten Aspekt griff auch Bundeskanzlerin Merkel in ihrer Rede in München auf: „Ich möchte hier deutlich machen, was ich glaube, was dieses neue strategische Konzept leisten muss. [...] Wir haben in den letzten Jahren sehr viel an der Frage gearbeitet: Welches Konzept der Sicherheit haben wir eigentlich? Wir sind zu der Überzeugung gelangt, dass das Konzept der Vernetzten Sicherheit die richtige Antwort auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts ist. Das heißt, Krisenbewältigung und Krisenprävention müssen durch ein Miteinander von politischen, entwicklungspolitischen, polizeilichen, zum Teil kulturpolitischen und, wo nötig, natürlich auch militärischen Maßnahmen erfolgen. Die NATO ist ein militärisches Bündnis. Das heißt, wir müssen Wege finden – das muss Teil dieses neuen strategischen Konzeptes sein –, wie wir die militärischen Fähigkeiten der NATO mit dem Konzept der Vernetzten Sicherheit verbinden und daraus die notwendigen Kooperationen erwachsen lassen.“

Seit Langem steht diese „Vernetzte Sicherheit“ oder „Zivil-militärische Zusammenarbeit“ im Zentrum der Diskussionen um eine Anpassung der westlichen Militärstrategie.



Europäische Einigkeit? Präsident Sarkozy und Bundeskanzlerin Merkel. Foto: SiKo, Sebastian Zwez



Der amerikanische Vizepräsident Joseph R. Biden am Samstagvormittag. Foto: SiKo, Harald Dettenborn

Kurz gesagt ist man zu dem Schluss gelangt, dass „Stabilisierungseinsätze“, also quasi-koloniale Besatzungen wie in Afghanistan, um effektiv zu sein, auf eine Integration ziviler Mittel angewiesen sind. Hierdurch sollen zivile Kräfte für das reibungslose Funktionieren militärischer Besatzungen regelrecht zweckentfremdet werden. Zivil-militärisches Nation Building soll künftig zur Kernaufgabe der NATO werden, wofür nun die erforderlichen Kapazitäten aufgebaut werden sollen.¹⁸ Im Ergebnis hat dies jedoch zur Folge, dass zivile Akteure ihre politische Neutralität verlieren und ihre Arbeit dadurch erheblich erschwert, teils gar unmöglich gemacht wird. Dies zeigt sich nicht zuletzt in Afghanistan, wo dieser Ansatz erstmals in großem Stil erprobt wird. Dass der Verband Entwicklungspolitik Deutscher Entwicklungsorganisationen (VENRO) in einem im Januar 2009 veröffentlichten Papier eine vernichtende Kritik an der Zivil-militärischen Zusammenarbeit veröffentlichte, scheint jedoch weder die Kanzlerin, noch die NATO als Ganzes zu stören. Mehr noch: Die Aussagen Merkels bestätigen die Befürchtungen von VENRO, dass die Zivil-militärische Zusammenarbeit künftig von Afghanistan „auf andere Kon-

flikt- beziehungsweise Post-Konfliktszenarien übertragen wird.“¹⁹

Russland: Trotz Lippenbekenntnissen keine Entspannung

Die offensichtlich wachsenden Konflikte zwischen der NATO und Russland, stellen einen weiteren Schwerpunkt der Beiträge auf der Sicherheitskonferenz dar. Die Debatte um das künftige Verhältnis mit Russland (und China) findet vor dem Hintergrund einer von vielen Beobachtern prognostizierten neuen Blockkonfrontation statt, die von Robert Kagan mit folgenden Worten beschrieben wird: „Die alte Rivalität zwischen Liberalismus und Autokratie ist neu entflammt, und die Großmächte der Welt beziehen entsprechend ihrer Regierungsform Position. [...] Die Geschichte ist zurück-

gegangen, und die Demokratien müssen sich zusammenschließen, um sie zu gestalten – sonst werden andere dies für sie tun.“²⁰ Nicht nur Kagan, der außenpolitische Berater des Präsidentschaftskandidaten John McCain war, plädiert auf Grundlage dieser Analyse für einen Ausbau der NATO zu einer „Allianz der Demokratien“, um sie gegen Russland (und China) in Stellung zu bringen. Auch Barack Obama hat mit Anne-Marie Slaughter (Leiterin der Politikplanungsabteilung im Außenministerium) und Ivo Daalder (wahrscheinlich der nächste US-NATO-Botschafter) zwei führende Vertreter dieses Konzeptes in wichtige Posten berufen.²¹

Der Politikwissenschaftler Christian Hacke, der auf Phönix die Berichterstattung über die Sicherheitskonferenz mit seinen zumeist sinnfreien Kommentaren bereichert, sieht ebenfalls bereits einen neuen „Systemwettbewerb“ mit den aufstrebenden „autoritären“ Mächten heraufziehen. „Sollten die Vereinigten Staaten über eine neue russische Bedrohung besorgt sein? Ja!“, warnte Michael McFaul, dem kürzlich von Obama die Zuständigkeit für alle Russlandfragen im Nationalen Sicherheitsrat übertragen wurde. „Die Integration in den Westen ist nicht mehr länger das

Ziel der russischen Außenpolitik. Stattdessen versucht Putin, seine und die Macht anderer Länder als Gegengewicht gegen den Westen und die USA im Besonderen zu verwenden.“²² Obama selbst warnte in einem Grundlagenartikel: „Die Bedrohungen dieses Jahrhunderts [...] gehen von mit Terroristen verbündeten Schurkenstaaten und von aufstrebenden Mächten aus, die sowohl Amerika als auch die internationalen Grundlagen der liberalen Demokratie herausfordern könnten.“²³

Vor dem Hintergrund der sich zuspitzenden Konflikte sieht Moskau die Planungen für den Aufbau von Teilen des US-Raketenabwehrschildes in Polen und der Tschechischen Republik mit größter Besorgnis. Der stellvertretende russische Ministerpräsident Sergei Lawrow beschrieb die Haltung seiner Regierung in dieser Frage auf der Sicherheitskonferenz folgendermaßen: „Beim Potenzial von US-amerikanischen Raketenabwehranlagen in Europa geht es nicht nur um einige Dutzend Abfangraketen und einen Radar. Sie sind Teil einer US-amerikanischen Infrastruktur, die darauf abzielt, das russische nukleare Raketenpotenzial abzuschrecken.“ Joseph Bidens diesbezüglichen Ausführungen auf der Konferenz dürften wenig dazu beigetragen haben, die russischen Bedenken zu zerstreuen: „Wir werden damit fortfahren, Raketenabwehrschilde gegen die wachsenden iranischen Kapazitäten zu entwickeln, vorausgesetzt, die Technologie erweist sich als funktionsfähig und kosteneffektiv.“ Weder glaubt man in Russland, der Schild richte sich gegen den Iran – jeder Anpassungsvorschlag, der eine Nutzung gegen Russland verhindern würde, wurde bislang ignoriert – noch kann die Einschränkung, der Schild müsse vor der Errichtung technisch funktionieren, Moskau zufrieden stellen. Hierbei handelt es sich lediglich um das Eingeständnis, dass die Raketenabwehr im Augenblick schlicht und ergreifend noch nicht effektiv einsatzbereit ist.

Noch schärfer fällt der russische Widerstand bei der Frage der von Moskau mehrfach als „rote Linie“ bezeichneten Aufnahme der Ukraine und Georgiens in die NATO aus. Dennoch betonten nahezu alle Redebeiträge der westlichen Vertreter auf der Sicherheitskonferenz, an der auf dem NATO-Gipfel im April 2008 erstmals gemachten Zusage, beide Länder in die Allianz aufzunehmen – wenn auch bislang ohne konkretes Datum – festhalten zu wollen. Am brüsktesten äußerte sich diesbezüglich Bundeskanzlerin Merkel: „Die NATO hat eine wesentliche Erweiterungsrunde hinter sich, aber wir sind noch nicht am Ende. Wir haben in Bukarest gesagt: Auch die

Ukraine und auch Georgien werden Mitglieder der NATO sein. Die NATO wird darauf bestehen, dass es kein Recht Dritter gibt, darüber zu entscheiden, wer Mitglied der NATO wird und wer nicht.“

Ein letzter wichtiger Streitpunkt zwischen der NATO und Russland betrifft die Frage der staatlichen Souveränität. Während einerseits scharfe Kritik an der russischen Anerkennung Südossetiens und Abchasiens geäußert wurde, wird geflissentlich verschwiegen, dass die meisten NATO-Staaten mit der zuvor erfolgten Anerkennung des Kosovo erst die Büchse der Pandora geöffnet und sich hierdurch ebenfalls eines eklatanten Bruch des Völkerrechts schuldig gemacht haben. Geradezu kaltschnäuzig ist diesbezüglich der gemeinsame Artikel von Merkel und Sarkozy: „Für uns wie für Russland gelten dieselben Regeln, die gemeinsam erarbeitet wurden: die Schlussakte von Helsinki 1975, die Charta von Paris 1990, Prinzipien wie territoriale Integrität, Unverletzlichkeit von Grenzen, gegenseitiger Respekt im euroatlantischen Raum.“²⁴ Hierbei handelt es sich um ein Paradebeispiel doppelter Standards, mit dem die beiden Staatschefs Russland im Klartext Folgendes sagen: Wenn wir die territoriale Integrität eines Landes verletzen und Grenzen in unserem Sinne zurechtrücken, dann ist das OK – dasselbe gilt aber nicht für Euch. Vor diesem Hintergrund ist es nicht weiter verwunderlich, dass – allen Lippenbekenntnissen zum Trotz – von einem Neuanfang der NATO-Russland-Beziehungen keine Rede sein kann. Weshalb die westlichen Vertreter unisono in München Unverständnis für Moskaus Vorbehalte gegenüber einer weiteren Stärkung der NATO äußerten, wenn selbst der EU-Außenbeauftragte Javier Solana das zunehmend von „Misstrauen“ geprägte Klima beklagte, ist geradezu surreal: „Die Vereinigten Staaten lehnen den Gedanken ab, dass ein Gewinn für die NATO ein Verlust für Russland sei“, so Joseph Biden. „Für uns ist die Idee, dass Russland sich bedroht fühlt, absurd“, sekundierte NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer. So absurd ist dies allerdings keineswegs, wenn man die Rede von Nicolas Sarkozy angehört hat: „Sagen wir es frei heraus: es gibt mehr und mehr Misstrauen zwischen der Europäischen Union und Russland.“ Angesichts vieler Stimmen, die für eine weitere Eskalation der NATO-Russland-Beziehungen plädieren, sah sich Sarkozy sogar gezwungen klarzustellen: „Ich glaube aber nicht, dass das heutige Russland eine militärische Bedrohung für die EU darstellt.“

Kein Wunder also, dass der Versuch, das Verhältnis in München zu kitten, grandios

in die Binsen ging: „Zwar trafen NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer und der russische Vize-Ministerpräsident Sergej Iwanow am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz zu einem Gespräch zusammen. Besonders erfolgreich war das Treffen aber nicht: ‚Wir haben unsere Uneinigkeit festgestellt‘, sagte ein NATO-Sprecher nach der zweistündigen Zusammenkunft.“²⁵ Doch der nächste Ärger steht dabei bereits ins Haus: Russland scheint einen Ausbau seiner Truppenstationierungen in den abtrünnigen georgischen Provinzen und vor allem die Errichtung einer Militärbasis in Abchasien zu planen, was von der Europäischen Union einen Tag vor Beginn der Sicherheitskonferenz scharf kritisiert wurde.²⁶ Auch die Auseinandersetzung um einen US-Luftwaffenstützpunkt in Kirgisistan birgt erheblichen Sprengstoff. Er ist von zentraler Bedeutung für den Krieg in Afghanistan und soll nun auf massiven Druck Russlands hin geschlossen werden.

So betrachtet kann kaum davon gesprochen werden, dass einem weiteren Abgleiten in einen Neuen Kalten Krieg auf der Sicherheitskonferenz Einhalt geboten wurde. Kleine Lichtblicke waren allenfalls die Debatte um eine Fortsetzung der nuklearen Abrüstung und zarte Forderungen, etwa von Nicolas Sarkozy, über den Vorschlag Dmitri Medwedews, ein pan-europäisches Sicherheitssystem unter Einbeziehung Russlands zu schaffen, wenigstens zu diskutieren.

Kriegsverbrecher unter sich – aber nicht ungestört!

Alles in allem ist die Bilanz der Sicherheitskonferenz ernüchternd: Zwar hat sich mit der neuen US-Administration einiges verändert, beileibe aber nicht alles zum Besseren. Darüber hinaus ist das, was beim Alten geblieben ist, so schlecht wie eh und je. Dazu gehört auch der alljährliche Witz, der aus der Verleihung einer Friedensmedaille – jetzt Ewald-von-Kleist-Preis genannt – besteht. Dass damit heuer ausgerechnet der Kriegsverbrecher Henry Kissinger ausgezeichnet wurde, sagt eigentlich schon alles.

Umso erfreulicher ist es, dass auch dieses Jahr eine große Gegendemonstration mit etwa 6.000 Teilnehmern stattfand. Die Proteste gegen die Sicherheitskonferenz bildeten damit gleichzeitig den erfolgreichen Auftakt zur Mobilisierung gegen den NATO-Gipfel am 3./4. April in Straßburg, Kehl und Baden-Baden.

Anmerkungen

¹ Alle Reden der 45. Münchner Sicherheitskonferenz finden sich unter <http://tinyurl.com/dxpjyq>

² Geheimdienste prophezeien Niedergang der

USA, Spiegel Online, 20.11.2008.

³ America's Army: The Strength of the Nation, The Army Modernization Strategy 2008, S. 5f.

⁴ Gowan, Richard/Brantner, Franziska: A Global Force for Human Rights?, ECFR, September 2008, S. 5.

⁵ Kagan, Robert: Die Demokratie und ihre Feinde, Bonn 2008, S. 96f.

⁶ Merkel, Angela/Sarkozy, Nicolas: „Wir Europäer müssen mit einer Stimme sprechen“, Süddeutsche Zeitung, 03.02.2009.

⁷ Tatsächlich wurde schon auf dem NATO-Gipfel in Bukarest im April 2008 erstmals positiv auf die EU-Militärkomponente Bezug genommen.

⁸ Wergin, Clemens/Stürmer, Michael: Washington verlangt mehr als gute Worte, Die Welt Online, 08.02.2008.

⁹ France may take NATO command post in U.S., AP, 05.02.2009.

¹⁰ Kanzlerin fordert Ende der US-Alleingänge, Spiegel Online, 07.02.2008.

¹¹ Obama's Remarks on Iraq and Afghanistan, New York Times, 15.07.2008.

¹² Mehr Soldaten, mehr von allem, Focus Online, 08.02.2009.

¹³ Fehler in Afghanistan eingeräumt, mdr.de, 08.02.2009.

¹⁴ Korski, Daniel: Enhancing the EU's role in Afghanistan, ECFR, 05.11.2008.

¹⁵ NATO-Chef lockt und warnt Russland, Zeit Online, 07.02.2009.

¹⁶ US-Sicherheitsberater Jones für NATO-Reform, AP, 08.02.2009.

¹⁷ Vgl. The Washington NATO Project: Alliance Reborn: An Atlantic Compact for the 21st Century, Februar 2009; Naumann, Klaus/Shalikhavili, John/Lord Inge/Lanxade, Jacques/Breemen, Henk van den: Towards a Grand Strategy for an Uncertain World: Renewing Transatlantic Partnership, URL: <http://tinyurl.com/5bujj9>; An interview with General James L. Jones, NATO Defense College, Research Paper, Januar 2008.

¹⁸ Vgl. Dobbins, James: Die Rolle der NATO beim Aufbau von Staatswesen, in: NATO Review (Sommer 2005); Bertram, Christoph: Abschied vom Krieg, in: NATO Review (Frühjahr 2006); Milkoreit, Manjana: Die zivile Dimension der Sicherheit ernst nehmen: die NATO als die Organisation für den Wiederaufbau nach einem Konflikt, in: NATO Review (Herbst 2007).

¹⁹ Fünf Jahre deutsche PRTs in Afghanistan, VENRO-Positionspapier 1/2009, S. 2.

²⁰ Kagan 2008, S. 7f.

²¹ Wagner, Jürgen: Globale NATO: Alternativ-UNO mit der Lizenz zum Töten, in: IMI/DFG-VK (Hg.): Kein Frieden mit der NATO, Tübingen 2009, S. 27-29.

²² McFaul, Michael: New Russia, new threat, Los Angeles Times, 02.09.2007.

²³ Obama, Barack: Renewing American Leadership, in: Foreign Affairs, Vol. 86, Nr. 4 (2007).

²⁴ Merkel/Sarkozy 2009.

²⁵ Neue Töne aus Washington, Deutsche Welle, 07.02.2008.

²⁶ Declaration by the Presidency on behalf of the European Union on Russian plans to build up its military presence in Abkhazia and South Ossetia, Brüssel, 06.02.2009, 6165/1/09 REV 1 (Presse 34)P 16.

Repression gegen Antikriegsaktivisten

Hammer-Urteil gegen IMI-Vorstand Tobias Pflüger

Am Montag den 2. März 2009 fand vor dem Amtsgericht München / Strafgericht ein Prozess gegen den Europaparlamentarier und Vorstand der Informationsstelle Militarisierung Tobias Pflüger statt. Dabei wurde er für eine angebliche Beleidigung während der Proteste gegen die Münchner Sicherheitskonferenz 2005 zur Zahlung von 60 Tagessätzen à 200 Euro - also 12.000 Euro! - verurteilt. Wir kritisieren dieses Urteil scharf, das zudem auch im Kontext einer langen Reihe sich immer weiter verschärfender Repressionsmaßnahmen nicht nur gegen Tobias Pflüger selbst, sondern gegen die gesamte antimilitaristische Bewegung zu sehen ist.

Zum Hintergrund: Drei Polizisten werfen Tobias Pflüger Beleidigung vor. Sie hatten den Europaabgeordneten bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2005 daran gehindert, Zugang zu einem brutal festgenommenen zu bekommen. Auch gaben sie keine Informationen über den Festnahmeprozess heraus. Anscheinend weil Tobias Pflüger ankündigte, sie wegen Rechtsbeugung anzuzeigen, initiierten die Polizisten eine Anzeige gegen ihn. Eine Beleidigung ist von Seiten von Tobias Pflüger allerdings nicht gefallen. Die angeblich gefallenen Worte „Arschloch“, „Arschkopf“ sind frei erfunden. Tobias Pflüger kannte den Begriff „Arschkopf“ bis dahin im Übrigen nicht.

Die Anfangs erhobenen abwegigen Vorwürfe der Körperverletzung und der

verweigerten Ausweisung als Europaparlamentarier werden nicht mehr verfolgt. Das sollte bereits ausreichen, um die Seriosität der Aussagen der Polizisten in Frage zu stellen. Doch darüber hinaus dienten diese Vorwürfe wohl lediglich dazu, in einem fragwürdigen Verfahren mit einer breiten Koalition von Grünen bis Rechtsextremen eine Aufhebung der Immunität durch das Europäische Parlament zu erreichen.

Durch den Ablauf der Geschehnisse lässt sich genau nachweisen, dass der Vorwurf der Körperverletzung von der Staatsanwaltschaft erneut überprüft wurde, allerdings die Entscheidung, ihn de facto fallen zu lassen, erst mitgeteilt wurde, nachdem die Immunität aufgehoben war. Nach Befragung durch Tobias Pflügers Anwältin Angelika Lex waren die Widersprüche und Absprachen der Polizisten offensichtlich, doch die Richterin fand trotzdem alles glaubwürdig. Aus den Aussagen der Polizisten ergab sich weiterhin, dass die übergeordneten Behörden (genannt wurde die Bezirksregierung Düsseldorf) bei der Erstellung der Anzeige des Polizisten Michaelis behilflich waren. Dies gibt dem Verfahren eine weitere politische Dimension. Die Polizisten schrieben ihre Texte voneinander ab. Dies war bereits das vierte Ermittlungsverfahren (1999, 2003, 2004, 2005) der Staatsanwaltschaft München I gegen Tobias Pflüger anlässlich der Beteiligung an Protesten gegen die Münchener Sicherheitskonferenz. Ein

Gericht in Tübingen sprach den Friedensaktivisten wegen des Aufrufs zur Desertion 1999 frei. Das Verfahren 2003 wurde eingestellt, und für die brutale Festnahme im Jahr 2004 hat sich die Polizei später sogar entschuldigt.

Weder die Staatsanwaltschaft (Frau Lux) noch die Richterin (Frau Birkhofer-Hoffmann) waren bereit, den politischen Kontext des Verfahrens ernsthaft zu würdigen und etwa die Möglichkeit unlauterer Gründe der Polizisten zu bedenken, sondern sie schenken den Polizisten uneingeschränktes Vertrauen. In Ihren Augen liegt es bei Tobias Pflüger, den Vorwurf der Beleidigung zu entkräften. Diese Umkehr der Beweislast kann unmöglich beibehalten werden.

Leider ist dieser Fall nur einer unter vielen, die zeigen, wie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Deutschland wie auch in der EU immer weiter ausgehöhlt wird. Die Versuche, das bayrische und baden-württembergische Versammlungsgesetz zu verschärfen sind weitere Beispiele. Auch die mit Einschränkungen und Stigmatisierung durch staatliche Behörden konfrontierten Proteste gegen den NATO-Gipfel zum 60. Jahrestag in Strassburg, Kehl und Baden-Baden im April sind in diesem Zusammenhang zu sehen.

Wir, die Unterzeichner, erklären uns deshalb hiermit solidarisch mit Tobias Pflüger und unterstützen ihn in seinem Vorhaben, gegen dieses Urteil in Berufung zu gehen. Wir rufen alle FriedensfreundInnen und AntimilitaristInnen auf, sich nicht durch solche Verfahren einschüchtern zu lassen. Proteste gegen NATO und Bundeswehr sind nicht nur legitim, sondern auch notwendig!

Solidaritätserklärungen bitte an: Solidaritaetmittobias@web.de



Verquastete Weltbilder und EU-Militarisierungskataloge

von Tobias Pflüger

Am 19. Februar verabschiedete das Europäische Parlament zwei Berichte, die einen großen Schritt in Richtung einer europäischen Militärunion darstellen: Zum einen den Bericht des baden-württembergischen Abgeordneten Karl von Wogau (CDU) zur „Europäischen Sicherheitsstrategie“ und zum anderen den des in Frankreich gewählten finnischen Konservativen Ari Vatanen „über die Rolle der NATO im Rahmen der Sicherheitsarchitektur der EU“. Beide setzen sich ein für weitere Intensivierung des EU-Militarisierungsprozesses. Der Bericht Ari Vatanens offenbart darüber hinaus auch tiefe Einblicke in das Weltbild, das sich – abseits konkreter ökonomischer Interessen – hinter dieser Militarisierung verbirgt.

Wogau: Militärische Interessensdurchsetzung

Der Bericht unter Federführung von Karl von Wogau setzt sich massiv für den Ausbau der EU-Truppen ein. Dort wird gefordert, „dass die Europäische Union ihre Fähigkeiten auf der Grundlage der zivilen und militärischen Planziele weiter ausbauen sollte; stellt fest, dass sie bestrebt sein sollte, eine Streitmacht von 60 000 Soldaten zur ständigen Verfügung zu haben; bekräftigt seinen Vorschlag, dass das Eurokorps den Kern dieser Streitkräfte bilden sollte, nötigenfalls verstärkt durch zusätzliche See- und Luftkapazitäten.“ (Absatz 45)

Der Bericht benennt klar, was es mit dieser Truppe zu tun gilt, nämlich, „dass die Europäische Union ihre strategische Autonomie durch eine starke und wirksame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik entwickeln muss, um [...] ihre Interessen in der Welt zu vertreten.“ (Absatz 1) Anschließend wird präzisiert, dass der Aufgabenkatalog folgende Aspekte umfassen soll, den „Schutz ihrer Bürger und ihrer Interessen innerhalb wie außerhalb der Europäischen Union, die Sicherheit ihrer Nachbarländer, den Schutz ihrer Außengrenzen und kritischer Infrastrukturen sowie die Verbesserung ihrer Computer- und Netzsicherheit, die Sicherheit der Energieversorgung und der Seewege, den Schutz ihrer Weltraumressourcen und den Schutz gegen die Folgen des Klimawandels.“ (Absatz 19)

Brisant ist dabei nicht nur die Absicht, die EU-Energiezufuhr notfalls mit Gewalt zu

gewährleisten, sondern auch das Bestreben, den Weltraum zu militarisieren. Der Report „erachtet es als notwendig, die Nutzung von Galileo und GMES für Sicherheits- und Verteidigungszwecke zu ermöglichen.“ (Absatz 50) Dies ist hochproblematisch, denn das EU-Satellitenprojekt Galileo wird aus dem EU-Haushalt unter anderem aus dem Transporthaushalt bezahlt. Nach dem weiterhin gültigen Vertrag von Nizza verbietet sich jedoch eine militärische Nutzung von Geldern des EU-Haushaltes.

Generell untersagt der Nizza-Vertrag die Aufstellung eines eigenständigen EU-Rüstungshaushalts. Aus diesem Grund wird versucht, über diverse Umwege Gelder für die nächsten Militärmissionen und Kriege zu akquirieren. Der Wogau-Bericht verlangt mehr Mittel für die „Sicherheitsforschung“. Er „fordert eine Aufstockung der Gemeinschaftsmittel für die Sicherheitsforschung und die Förderung gemeinsamer Forschungsprogramme der Kommission und der EVA [Europäische Verteidigungsagentur].“ (Absatz 63) Diese Ausgaben sollen dabei sowohl militärischen als auch sonstigen Zwecken dienen (bspws. zur Migrationsabwehr oder für die innere „Sicherheit“) und so zu Synergieeffekten führen: „[Der Bericht] fordert mit Nachdruck, dass die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten ihre Anstrengungen auf die gemeinsamen Kapazitäten konzentrieren, die sowohl für Verteidigungs- als auch für Sicherheitszwecke eingesetzt werden können; hält in diesem Zusammenhang die satellitengestützte Aufklärung sowie Einsatzgeräte für die Überwachung und Frühwarnung, unbemannte Fluggeräte, Hubschrauber und Telekommunikationsausrüstung sowie den Luft- und Seeverkehr für besonders wichtig; fordert eine gemeinsame technische Norm für geschützte Telekommunikation und Mittel zum Schutz kritischer Infrastrukturen.“ (Absatz 48) Konsequenterweise setzt sich der Bericht deshalb für die weitere Vermischung ziviler und militärischer Fähigkeiten ein, er „stellt fest, dass bei dieser Politik sowohl zivile als auch militärische Mittel und Kapazitäten zum Einsatz kommen müssen.“ (Absatz 6) Auch die Herausbildung eines einheitlichen europäischen Rüstungsmarktes wird explizit begrüßt, der Bericht „befürwortet nach-

drücklich den Ausbau eines europäischen Verteidigungs- und Sicherheitsmarktes durch Annahme der Legislativvorschläge der Kommission zum öffentlichen Beschaffungswesen und zur innergemeinschaftlichen Verbringung und empfiehlt weitere Initiativen, um dieses Ziel zu erreichen.“ (Absatz 60)

Vatanen: Intensivierung der NATO-EU-Zusammenarbeit

Der Bericht unter der Federführung von Ari Vatanen (EVP, ein aus Finnland stammender in Frankreich gewählter Konservativer) zur Zusammenarbeit zwischen EU und NATO ist noch schlimmer als sein Wogau-Pendant. In seinem Zentrum steht die Forderung nach einer noch engeren Zusammenarbeit beider Organisationen.

Zunächst widmet sich der Bericht jedoch der Intensivierung der EU-Militarisierung, indem er „fordert, dass das vorhandene Instrumentarium der Europäischen Union zur Krisenbewältigung weiterentwickelt [...] und militärisch schlagkräftiger werden wird, da die Union nur so über die notwendigen Kräfte verfügen kann, die sie in die Lage versetzen, ihre einzigartigen Möglichkeiten in den Bereichen Konfliktverhütung und Konfliktbewältigung auszuschöpfen.“ (Absatz 4) Zu diesem Zweck unterstützt der Bericht u.a. „die Schaffung eines operationellen EU-Hauptquartiers unter der Leitung des Vizepräsidenten der Kommission/des Hohen Vertreters, das den Auftrag hat, die militärischen ESVP-Operationen zu planen und durchzuführen.“ (Ziffer 23)

Kern des Berichtes ist jedoch die Forderung nach einer Intensivierung der EU-NATO-Kooperation. Grundtenor ist, „dass die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten gestärkt werden sollten.“ (Paragraf O) Hierfür sollte „die Synergie zwischen der EU und der NATO in bestimmten militärischen Bereichen durch gemeinsame Pilotvorhaben gestärkt werden.“ (Paragraf R) Mit dem Ausbau der EU-NATO-Zusammenarbeit soll eine neue Macht- und Arbeitsverteilung einhergehen: Die EU-Staaten sollen die USA künftig stärker militärisch unterstützen, im Gegenzug sollen die Vereinigten Staaten EU-Interessen künftig in deutlich größerem Maße als bislang berücksichtigen. Hierfür fordert der Bericht „einen spürbaren Anstieg des Anteils der gemeinsamen Kosten bei jeder Militäroperation der NATO und der Europäischen Union; stellt fest, dass sowohl was die Größenordnung angeht als auch was die Effizienz der Verteidigungsausgaben betrifft, ein großer Unterschied zwischen den europäischen Mitgliedern der NATO auf der einen Seite

und den Vereinigten Staaten auf der anderen Seite besteht; fordert die Europäische Union auf, einen gerechteren Anteil an der Last zu tragen; fordert ferner die USA auf, mehr Bereitschaft an den Tag zu legen, ihre europäischen Verbündeten zu Fragen im Zusammenhang mit Frieden und Sicherheit zu konsultieren.“ (Ziffer 34)

Weiter pocht der Vatanen-Bericht darauf, dass die „Berlin-Plus-Vereinbarungen [...] verbessert werden müssen.“ (Absatz 13) Dabei handelt es sich um ein im März 2003 verabschiedetes Abkommen, mit dem geregelt wurde, dass die Europäische Union für Militäreinsätze auf Kapazitäten der NATO zurückgreifen kann, wie dies etwa in Bosnien geschieht.

Besonders delikat ist in diesem Zusammenhang, dass und wie der Bericht versucht, einen erheblichen Stolperstein für die Intensivierung der NATO-EU-Zusammenarbeit aus dem Weg zu räumen. Denn für den Austausch sensibler Informationen bei strategischen Treffen ist die Teilnahme am NATO-Programm „Partnerschaft für den Frieden“ (PfP) die Mindestanforderung. Da Zypern als einziges EU-Land weder NATO-Mitglied ist noch an PfP teilnimmt, wird dem Land der Zutritt zu diesen Treffen verweigert, gleichzeitig muss aber deshalb bislang die gesamte östliche Ägäis aus Berlin-Plus ausgeklammert bleiben. Auch in anderen Bereichen steht die zypriotische Position einer deutlichen Stärkung der NATO-EU-Kooperation im Weg. Deshalb legt der Vatanen-Bericht „Zypern als einem EU-Mitgliedstaat nahe, seine politische Haltung zu seiner Mitgliedschaft in der Partnerschaft für Frieden zu überdenken.“ (Absatz 40) Dies könnte auch den Weg ebnen, um Berlin-Plus auf breiter Front auszubauen, u.a. indem ein umgekehrtes Verfahren etablieren wird, bei dem die NATO für ihre Kriege künftig grundsätzlich Zugriff auf zivile Fähigkeiten der EU erhalten soll („Berlin-Plus-Reverse“). Der zypriotische Präsident Dimitris Christophias stellte in Moskau die Position der zypriotischen Regierung gegen eine Mitgliedschaft Zyperns in PfP-Programm klar: „Die NATO ist ein Bündnis, das der Vergangenheit angehören sollte.“ Für einen EU-Staatschef ungewöhnlich klares Statement gegen die NATO.

Besonders unangenehm fällt die – innerhalb der Eliten weit verbreitete – Sichtweise auf, Frieden könne nur mit militärischer Gewalt gesichert werden. Dies wird sehr deutlich anhand der Passagen über Atomwaffen, die weiterhin als unumstößliches Fundament europäischer Sicherheitspolitik betrachtet werden. Im Bericht wird festgestellt, „dass die gemeinsame Verteidigung

Europas auf einer Kombination konventioneller und atomarer Streitkräfte beruht.“ (Paragraf S) Im Berichtsentwurf wurde sogar noch untermauert, „dass die strategischen Atomstreitkräfte der Allianz letztendlich Garant der militärischen Sicherheit für die Verbündeten sind.“ (Berichtsentwurf: Paragraf M) Die sich auch Artikel VI des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrages ergebende bindende Verpflichtung der Atomwaffenstaaten, ihr Arsenal schnellstmöglich abzurüsten, wird dabei mit keinem Wort erwähnt. Ein Änderungsantrag der GUE/NGL, der forderte, dass die EU darauf hinwirken solle, Atomwaffen auf ihrem Territorium zu beseitigen, wurde mit 494 zu 119 Stimmen abgelehnt (bei 26 Enthaltungen). Nahezu geschlossen stimmte auch die PSE (sozialdemokratische Fraktion im EP) einschließlich der deutschen Sozialdemokraten gegen diesen Antrag.

Fast noch bedenklicher war das Abstimmungsverhalten zu den das Völkerrecht und die UN-Charta betreffenden Passagen. So wurde ein Änderungsantrag der GUE/NGL, der das in der UN-Charta verankerte Recht eines jeden souveränen Staates bekräftigt, selbst zu entscheiden, welcher Organisation er beitrifft, mit 434 zu 193 Stimmen zurückgewiesen (15 Enthaltungen). Auch hier sprach sich die PSE inklusive der deutschen Sozialdemokraten gegen den Antrag und damit gegen ein wesentliches Prinzip der UN-Charta aus. Ein weiterer Änderungsantrag, der einforderte, dass das in der UN-Charta festgelegte Prinzip, dass alle UN-Mitglieder davon Abstand nehmen gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates vorzugehen, respektiert wird, wurde ebenfalls abgelehnt (mit 472 gegen 141 Stimmen bei 32 Enthaltungen). Wieder stimmten die Sozialdemokraten nahezu geschlossen gegen den Antrag. Schließlich wurde auch ein Antrag, der für eine strikte Trennung von EU und NATO plädierte, deutlich mit 500 zu 95 Stimmen (52 Enthaltungen) abgelehnt.

Fazit

Während Karl von Wogau offen einräumt, die weitere Militarisierung der Europäischen Union sei erforderlich, um direkte ökonomische und strategische Interessen ggf. militärisch durchzusetzen, leitet sein Kollege Vatanen diese Notwendigkeit eher aus einer verquastenen, pseudophilosophischen Lebensanschauung ab. Sein Explanatory Statement, mit der er seine Forderungen in einen breiteren Zusammenhang rückt und begründet, offenbart ein krudes Weltbild, in dem ein hobbesscher Kampf aller gegen alle im Zentrum steht und *si vis pacem para-*

bellum (Wenn Du Frieden willst, so rüste zum Krieg) zur obersten Maxime erhoben wird: „Einige der Ideen in diesem Bericht werden vielleicht nicht in naher Zukunft umgesetzt, wir sollten jedoch versuchen, über die nächsten Wahlen hinaus zu schauen. Wir würden uns selbst betrügen, wenn wir der Auffassung wären, dass die menschliche Natur sich in den letzten paar 1 000 Jahren zum Besseren gewendet hat. Der Mensch möchte immer noch Macht über seinen Nachbarn ausüben, sowohl auf individueller als auch auf kollektiver Ebene, was oft zu katastrophalen Folgen für das Wohl aller führt.“ In der *Le Monde diplomatique* (13.3.2009) erschien aufgrund dieser und anderer Passagen des Vatanen-Reports ein bitterböser Kommentar: „Ohne Angst vor peinlichen Phrasen garnierten die Abgeordneten ihren Vorschlag noch mit der Erinnerung an „dunkle Stunden unserer Geschichte“, an Hitler und München, nicht ohne ein paar Zeilen von „Elie Wiesel, dem Holocaust-Überlebenden“ zu zitieren, um die Frage anzuschließen: „Wollen wir nicht alle, dass uns jemand zu Hilfe kommt, wenn wir unter Tränen darum bitten?“

Es ist diese Kombination aus nackter Interessenspolitik und verqueren Weltbildern, die der EU-Militarisierung eine breite Zustimmungsbasis verschaffen. Auch wenn der Vatanen-Bericht nur mit einer knappen Mehrheit (293 zu 283 Stimmen) angenommen wurde, Wogaus Vorschläge fanden große Zustimmung. Parlamentarisch lassen sich derzeit kaum bzw. nur punktuell Mehrheiten gegen diese Militarisierung finden, wenn es keinen verstärkten außerparlamentarischen Druck gibt - den wir immer wieder neu mobilisieren müssen.



Für eine militärische EU - Abgeordneter Vatanen

Risiken und Nebenwirkungen

Neoliberaler Kolonialismus und NATO/EU-Aufstandsbekämpfung im Kosovo

von Jürgen Wagner

Erfolg ist bekanntlich eine Sache, die primär im Auge des Betrachters liegt. So verhält es auch beim Angriffskrieg gegen Jugoslawien und der daran anschließenden Besatzungspolitik des Westens. Für diejenigen, die diese Aggression zu verantworten haben, schlägt auf der Positivseite zu Buche, dass das Ziel, den „jugoslawischen Riegel“ aufzubrechen und das dortige sozialistische durch ein marktwirtschaftliches System zu ersetzen, verwirklicht werden konnte. Mehr noch: Im Kosovo wurde im Rahmen der militärischen Besetzung sogar eines der neoliberalsten Wirtschaftssysteme der Welt etabliert. Dass dieses Ziel von Anfang an integraler Bestandteil der Agenda war, bestätigt Strobe Talbott, seinerzeit stellvertretender US-Außenminister: „Während die Länder überall in der Region ihre Volkswirtschaften zu reformieren, ethnische Spannungen abzubauen und die Zivilgesellschaft zu stärken versuchten, schien Belgrad Freude daran zu haben, beständig in die entgegengesetzte Richtung zu gehen. Kein Wunder, dass die NATO und Jugoslawien schließlich auf Kollisionskurs gingen. *Der Widerstand Jugoslawiens gegen den umfassenden Trend zu politischen und wirtschaftlichen Reformen – und nicht die Bitte der Kosovo-Albaner – bietet die beste Erklärung für den Krieg der NATO.*“⁴

Zudem erfuhr der 1991 begonnene Umbau der NATO zu einem global agierenden Interventionsbündnis mit dem Angriffskrieg seinen „krönenden“ Abschluss. Lediglich einen Monat nach dessen Beginn im März 1999 wurde dieser „informelle Vertragswandel“ (Varwick/Woyke) weg von der Landesverteidigung mit der Verabschiedung des Neuen Strategischen Konzepts schriftlich fixiert. Mit der Aggression setzten die NATO-Staaten zudem ein unmissverständliches Zeichen, sich bei Kriegseinsätzen künftig nicht mehr an eine Zustimmung des UN-Sicherheitsrates - und damit von Russland und China – gebunden zu fühlen. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die diesbezüglich deutliche Aussage des damaligen Chefs des NATO-Militärausschusses Klaus Naumann: „Wir haben ihnen gezeigt, daß sie keine Chance haben, Interventionen der NATO durch ein Veto Rußlands zu behin-

dern. Und ich hoffe, Moskau hat das verstanden.“²

Mit der Formel „illegal aber legitim“³ wurde versucht, das Problem zu umschiffen, dass der ohne UN-Mandat durchgeführte Krieg einen eklatanten Verstoß gegen die UN-Charta darstellte. Da hierdurch mit dem Nicht-Einmischungsgebot eines der wichtigsten Prinzipien der UN-Charta faktisch für ungültig erklärt wurde, haben die NATO-Staaten damit dem Völkerrecht womöglich irreparablen Schaden zugefügt wurde. Schließlich wollte und will man sich nicht durch irgendwelche rechtlichen Einschränkungen von Militärinterventionen abhalten lassen.

Durch die spätere Besetzung und schließlich die Anerkennung des Kosovo durch die Mehrheit der westlichen Staaten wurde darüber hinaus auch noch das Prinzip der souveränen Gleichheit und territorialer Unversehrtheit außer Kraft gesetzt, indem Serbien gegen dessen erklärten Willen zerschlagen wurde. Auch dies dürfte im Sinne der Aggressoren gewesen sein, ging es doch nicht zuletzt darum, auf dem Balkan einen Präzedenzfall zu schaffen, um künftig kleinere Staaten nicht angreifen, sondern deren Grenzen auch im eigenen Sinne zurecht-rücken zu können. Damit wurde aber die Büchse der Pandora geöffnet, Russland wusste diese Steilvorlage zu nutzen, indem es sich die westliche Argumentation zu Eigen machte und seinerseits auf nahezu dieselbe Weise versucht, Südossetien und Abchasien aus Georgien herauszubrechen - dies war eine sicherlich nicht beabsichtigt „Nebenwirkung“ des ganzen Unterfangens.

Was schließlich ganz sicher nicht beabsichtigt war, ist die Tatsache, dass es der Westen geschafft hat, nicht nur die serbische, sondern auch die kosovo-albanische Bevölkerung gegen sich aufzubringen. Ein deutlicheres Zeichen dafür, wie katastrophal die westliche Politik vor die Wand gefahren ist, kann es nur schwerlich geben. Die unglaubliche Dreistigkeit, mit der die Provinz unter dem Deckmantel einer „Unabhängigkeit unter internationaler Überwachung“ in ein neoliberales EU-Protectorat verwandelt wurde, sorgt für wachsenden Widerstand. NATO und EU reagieren hierauf, indem sie sich Hand in

Hand verstärkt auf die Niederschlagung von Unruhen vorbereiten. Hierfür fanden zwischen Januar und März 2009 erstmals drei NATO-EU-Übungen statt, bei denen erstmals beide Organisationen die gemeinsame Aufstandsbekämpfung im Kosovo probten.

Kosovo: Anatomie einer westlichen Kolonie

Einen eigenständigen Staat Kosovo gab es nie und wird es in absehbarer Zeit auch nicht geben. Im Anschluss an den Angriffskrieg wurde die Provinz von der NATO-Truppe KFOR mit 50.000 Soldaten besetzt. Auch heute, mehr als zehn Jahre später, stellen immer noch knapp 15.000 Militärs (Tabelle: Die KFOR im Kosovo) sicher, dass die Geschichte der Provinz (aber auch der gesamten Region) den gewünschten Verlauf nehmen.

Letzten Endes sichert die NATO damit die Arbeit der Besatzungsbehörde ab, die von

KFOR Truppensteller

NATO

Belgien	209
Bulgarien	47
Kanada	7
Tschech. Republik	404
Dänemark	365
Estland	29
Frankreich	1774
Deutschland	2129
Griechenland	638
Ungarn	461
Italien	2019
Lettland	20
Litauen	36
Luxemburg	22
Niederlande	8
Norwegen	22
Polen	285
Portugal	255
Rumänien	148
Slowakei	141
Slowenien	283
Spanien	632
Türkei	537
Großbritannien	161
USA	1492

Nicht-NATO

Armenien	70
Österreich	674
Finnland	440
Irland	233
Marokko	235
Schweden	240
Schweiz	209
Ukraine	186

Stand: 14. Februar 2009 14411

den Vereinten Nationen mit der UNMIK unmittelbar nach den Kampfhandlungen etabliert wurde. Der Wirtschaftshistoriker Hannes Hofbauer weist in diesem Zusammenhang auf die Tragweite dieses Vorgangs hin: „Die UN-Mission ist in dieser Form einzigartig: noch nie in der neueren Geschichte hat es eine solche internationale getragene externe Verwaltung über ein Territorium gegeben.“⁴ Die UNMIK wurde so zur ultimativen Autorität im Kosovo, indem sie Exekutive, Legislative und Judikative in sich vereinte.

Über bindende Verordnungen (regulations), denen faktisch Gesetzescharakter zukommt, wurde der gesamte Umfang der Kompetenzen der Besatzungsbehörde näher präzisiert. U.a. gönnte man sich damit das „Recht“, im Kosovo jedes Gesetz zu annullieren und jeden gewählten Beamten zu feuern. Weiter sah man sich befugt (bzw. ermächtigte sich selbst dazu), im Namen des Kosovo internationale Verträge abzuschließen und Niederlassungen mit Botschaftscharakter zu eröffnen. Schließlich wurde u.a. noch festgelegt, dass die westlichen Akteure nicht der kosovarischen (geschweige denn der serbischen) Rechtsprechung unterliegen. Sukzessive übernahm also die UNO somit alle relevanten exekutiven Funktionen und übte damit praktisch die vollständige Souveränität im Kosovo aus - und sie wusste diese Befugnisse zu nutzen, indem sie die Provinz nach neoliberalen Vorgaben komplett umkrempelte.

Neoliberales Protektorat

Gleich zu Beginn der Besetzung zeigte sich, wohin die Reise gehen sollte, indem Serbien faktisch enteignet wurde: „Mit einer ersten Verordnung nach dem Einzug von KFOR und UNMIK vom 25. Juli 1999 beschlagnahmte der Hohe Repräsentant der UN-Mission, Bernard Kouchner, sämtliche beweglichen und unbeweglichen Eigen-

tumstitel der Bundesrepublik Jugoslawien, die sich im Kosovo befanden. Darunter waren Telekommunikationseinrichtungen, Infrastruktur, Energiewesen, Banken, Produktionsstätten, Immobilien, Fuhrparks und vieles mehr zu finden.“⁵

Nachdem zuvor am 2. September 1999 noch die Deutsche Mark als Währung eingeführt wurde, schrieb die „Provisorische Verfassung“ Anfang 2001 unmissverständlich die Einführung der freien Marktwirtschaft vor und übertrug dem „Hohen Repräsentanten“ die Verantwortung für die Geld- und Wirtschaftspolitik. Dass diese Verfassung in Form einer UNMIK-Verordnung (2001/9) der Bevölkerung ohne jegliche Absprache schlichtweg übergestülpt wurde, sagt eigentlich alles über die Machtverhältnisse in der Provinz aus.

Innerhalb der UNMIK war die Europäische Union für den Bereich „Wiederaufbau und ökonomische Entwicklung“ zuständig. Unter ihrer Ägide wurde aus dem Kosovo eine Art neoliberales Vorzeigeprojekt gemacht.⁶ Hierfür wurde die „Kosovo Trust Agency“ (bzw. nun vorrangig die „Kosovo Privatisation Agency“) per Dekret (Verordnung 2001/3) beauftragt, die vormals staatseigenen Betriebe und Genossenschaften zu privatisieren. In bislang 33 „Privatisierungswellen“, die letzt schwappte im Dezember 2008 über den Kosovo hinweg, wurde mittlerweile der Löwenanteil zu günstigen Preisen veräußert.⁷ Auch die Zölle wurden nach bekanntem Muster nahezu ebenso vollständig abgeschafft wie Mengengrenzungen für die Einfuhren westlicher Produkte. „Kosovo hat eines der liberalsten Handelsregime der Welt“, bilanziert die Weltbank, „mit zwei Zolltarifsätzen, einem 0%igen und einem 10%igen Tarif sowie ohne jede Mengenbeschränkungen.“ Die Folge dessen war ebenso absehbar wie beabsichtigt: „Massenhaft billige Einfuhren überschwemmen den kosovarischen Markt.“ Da die einheimischen Betriebe (so

es sie denn überhaupt noch gibt) der ausländischen Konkurrenz nicht gewachsen sind, kann sich eine kosovarische Industrie unter diesen Bedingungen nicht entwickeln: „Produziert wird beinahe nichts, der Industrieanteil am Bruttoinlandsprodukt ist laut dem kosovarischen Wirtschaftsinstitut ‚Riinvest‘ zwischen 1989 und 2006 von 47 auf 17% gesunken.“⁸ Hieraus resultiert ein eklatantes Handelsbilanzdefizit, im Jahr 2006 beliefen sich die Importe auf 1,25 Mrd. Euro, exportiert wurden lediglich Waren im Wert von 77 Mio. Euro. Nebenbei ging auch bspws. noch das Bankwesen zu $\frac{3}{4}$ in ausländischen (deutschen, österreichischen und belgischen) Besitz über.

Auch hier liegt der Erfolg im Auge des Betrachters. Während die dem Kosovo aufgezwungenen Wirtschaftsstrukturen westlichen Konzernen zum Vorteil gereichen, sieht dies für die Bevölkerung natürlich genau andersherum aus. So haben die zahlreichen Privatisierungsrunden zu Massenentlassungen geführt, weshalb die Arbeitslosenquote nach offiziellen Angaben 42-50% beträgt (inoffizielle Schätzungen liegen mit 60-70% weit höher). Arbeiterrechte oder Gewerkschaften sind faktisch nicht existent und versucht sich eine Belegschaft mit Betriebsbesetzungen zu wehren, haben die westlichen Besatzer immer noch das Militär in der Hinterhand, um die Proteste wortwörtlich zu bekämpfen. So geschehen beispielsweise, als die Belegschaft versuchte, sich gegen den Verkauf der Trepca-Mine zu wehren, deren Wert allein auf ca. 5 Mrd. Euro geschätzt wird. Auf Anordnung des damaligen Hohen Repräsentanten und heutigen französischen Außenministers Bernard Kouchner wurde darauf hin die Mine im August 2000 von 3.000 KFOR-Soldaten gestürmt.

Es ist diese Wirtschaftspolitik, die maßgeblich für die verheerende soziale Lage im Kosovo verantwortlich ist. Laut Weltbank leben 45% der Bevölkerung unterhalb der



Übung macht den Meister: Video einer NATO-EULEX-Übung zur Auflösung von Demonstrationen

Armutsgrenze (45€/Monat): „Rund 15% der Bevölkerung ist extrem arm, hat also Schwierigkeiten die Grundernährung zu sichern.“⁹ Die Gleichzeitigkeit von neoliberalen „Reformen“ und schreiender Armut ist deshalb beileibe kein Zufall: „Kosova gilt zugleich als wirtschaftsliberalster Platz in Europa und als Armenhaus des Kontinents.“¹⁰

Sezession als Steilvorlage

Wiederholt wurde darauf hingewiesen (siehe AUSDRUCK Dezember 2007 und April 2008), dass die Abspaltung des Kosovo von Serbien gegen dessen erklärten Willen völkerrechtswidrig ist. Bis heute gilt die Resolution 1244 vom 10. Juni 1999, die Serbiens Unteilbarkeit unzweifelhaft fest schreibt, eine andere Rechtsgrundlage liegt nicht vor. Dennoch erklärte sich der Kosovo am 17. Februar 2008 für unabhängig und wurde bereits kurz darauf zuerst von den USA und wenig später von Deutschland sowie zahlreichen anderen Staaten offiziell anerkannt.

Die Zerschlagung Serbiens gegen dessen erklärten Willen erfolgte somit ohne völkerrechtliche Grundlage, womit das staatliche Souveränitätsrecht und damit das Recht auf territoriale Unversehrtheit de facto außer Kraft gesetzt wurde. Hiermit hat die „internationale Gemeinschaft“ (sprich: der Westen) aller Wahrscheinlichkeit nach bewusst einen überaus gefährlichen Präzedenzfall geschaffen. Dies zeigte sich rasch anhand der Ereignisse in Georgien, als Süd-Ossetien und Abchasien sich nach der georgischen Aggression im Sommer 2008 lossagten und argumentierten, sie würden für sich lediglich dieselben Rechte reklamieren, die zuvor dem Kosovo zugebilligt wurden. Auch Russland nutzte die westliche Politik als Steilvorlage, indem es die beiden Provinzen umgehend unter Verweis auf den Präzedenzfall Kosovo anerkannte: „Der Kosovo hat damit im Kaukasus sein

geopolitisches Gegenstück gefunden.“¹¹ Dem Bestreben der Großmächte, die Grenzen kleinerer Staaten im Konfliktfall nahezu beliebig im eigenen Sinne zurechtzurücken, wurde hierdurch Tür und Tor geöffnet. Die scharfen Drohungen gegen Russland, das lediglich die westliche Politik imitiert hatte, zeigen allerdings, dass der „Westen“ dieses Recht exklusiv für sich beansprucht.

Ahtisaaris „unabhängige“ Kolonie

Trotz der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo – und seiner Anerkennung durch zahlreiche Staaten – wird sich am kolonialen Charakter der westlichen Präsenz auf absehbare Zeit nichts verändern. Grundlage für die fortgesetzte Fremdherrschaft, „Unabhängigkeit unter internationaler Überwachung“ genannt, bildet der so genannte Ahtisaari-Plan der EU: „Der von Moskau abgelehnte und im Sicherheitsrat nicht einmal zur Abstimmung gelangte Ahtisaari-Plan wurde – mit kleinen Abweichungen – am 9. April in 14 Kapiteln und 162 Artikeln als kosovarische Verfassung in Prishtine ratifiziert und trat am 15. Juni in Kraft. Kosovos Protektoratsstatus wird darin konstitutiv.“¹² Der Plan legt fest, dass die Kontrolle über die Provinz der Europäischen Union übertragen wird. Um die reibungslose Verwaltung ihrer frisch erworbenen Kolonie zu gewährleisten, entsendete die Europäische Union die EULEX-Mission, die gegenwärtig (Stand: 23. März 2009) aus knapp 1700 Beamte (Juristen, Zöllner und Polizisten) besteht, die von etwa 800 Kosovaren unterstützt wird.

Dem EU-Prokonsul wird im Ahtisaari-Plan weiterhin das Recht zugesprochen, jedes Gesetz zu annullieren und jeden kosovarischen Beamten (auch Minister) bei unbotmäßigem Benehmen zu feuern – ohne jede rechtliche Einspruchsmöglichkeit. Weiter kann der Hohe Repräsentant auch direkt zahlreiche Posten besetzen: „Der oberste Kolonialverwalter besitzt auch die vollständige Personalhoheit. So setzt er den Rechnungshofpräsidenten, den Direktor des nationalen Pensionsfonds, die internationalen Richter und Staatsanwälte, den Zolldirektor, den Leiter der Steuerbehörde, den Chef der Zentralbank [...] und viele andere ein.“¹³ Weiter wird festgelegt, dass der Kosovo erst dann die vollständige Unabhängigkeit

erlangen wird, wenn er sich für eine Aufnahme in die Europäische Union „qualifiziert“ hat, worüber selbstredend wiederum die westlichen Besatzer entscheiden. Auch die Nationalhymne des „Landes“ ist so unverschämt wie symptomatisch: „Der Titel ‚Europa‘ für eine Hymne in einem Land, das von der Europäischen Union verwaltet wird, ist passend, wiewohl etwas zynisch ausgewählt.“¹⁴

Nicht weniger als acht Mal wird in der kosovarischen Verfassung Bezug auf den Ahtisaari-Plan genommen und in Kapitel XIII schließlich explizit festgelegt: „Die Maßnahmen des umfassenden Vorschlags für das Übereinkommen zum Status des Kosovo vom 26. März 2007 haben Priorität über alle anderen Gesetzesmaßnahmen im Kosovo.“ Hierzu merkt Hofbauer an: „In verständlichen Worten: Der Ahtisaari-Plan [...] steht über der kosovarischen Verfassung.“ Vor allem im Wirtschaftsbereich hat man weiterhin nichts zu melden: Die Einführung der „freien Marktwirtschaft“ wird nochmalig als alternativlos vorgeschrieben (Kapitel I/Artikel 7), der Privatisierungsprozess fortgesetzt und auch auf das eigene Budget hat man keinerlei Einfluss: „Die frühere serbische Provinz [...] hat sich also die Überwachung der Budgetpolitik durch den EU-Kommissar und den IWF in ihre nationale Verfassung hineinschreiben lassen. Mehr Fremdherrschaft ist nicht möglich.“¹⁵ Kein Wunder also, dass die wirtschaftsliberale Politik auch nach der „Unabhängigkeit“ ungebremst ihre Fortsetzung fand: „Knapp sechs Monate nach der angeblichen Unabhängigkeit bekommt Kosova eine Flat-Tax. Die Regierung in Prishtina hat in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, den Steuersatz für Unternehmen von zwanzig auf zehn Prozent zu senken. Laut Lutfi Zharku, Minister für Handel und Industrie, wird auch die Einkommenssteuer herabgesetzt. Diese liegt nun zwischen 0 und 10 Prozent. Die Mehrwertsteuer wird hingegen von 15 auf 16 Prozent angehoben.“¹⁶

Widerstand und Aufstandsbekämpfung

Dass die serbische Bevölkerung des Kosovo die westlichen Besatzer als Feinde betrachtet und auf die Barrikaden geht, ist angesichts der dortigen Vorgänge nicht weiter verwunderlich. Gegen die selbstherrliche Politik der westlichen Akteure regt sich mittlerweile jedoch auch innerhalb der kosovo-albanischen Bevölkerung Widerstand. Schon im Juli 2004 machten 75% der Kosovo-Albaner die Besatzungsbehörden direkt für die miserable wirtschaftliche Situation verantwortlich. Vor allem die Gruppe Vetevendosje kritisiert die westliche Kolonialverwaltung und ihre



wirtschaftsliberale Ausrichtung.¹⁷ Bei den zunehmenden Massenprotesten kam es bereits zu vielen Verletzten und teils sogar schon zu Todesopfern.

Auch in dieser Hinsicht ist der Kosovo leider typisch. Denn nicht nur dort spitzten sich die Konflikte in jüngster Zeit massiv zu, weshalb die USA und die EU-Staaten regelrecht gezwungen sind, enger bei der Niederschlagung von Aufständen zusammenzuarbeiten. Schon im Herbst 2008 unterzeichneten die USA und die EU hierfür ein Abkommen, mit dem sich die USA an der EU-Mission EULEX im Kosovo beteiligt. In einer EU-Presseerklärung wird dabei explizit auf den bahnbrechenden Charakter der Vereinbarung hingewiesen: „Hierbei handelt es sich um einen besonderen Fall, bei dem die Vereinigten Staaten an einer zivilen Mission der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik teilnehmen.“¹⁸ Dies war bislang absolut unüblich und ist hier erstmals der Fall.

So verwundert es auch nicht, dass NATO (KFOR) und EU (EULEX) sich gegenwärtig akribisch darauf vorbereiten, künftige Proteste effektiv bekämpfen zu können. Hierfür fanden im Januar, Februar und März 2009 Übungen statt, in denen KFOR und EULEX erstmals Hand in Hand gemeinsam die Niederschlagung eines Aufstands („crowd and riot control“) probten. Dass man mittlerweile wirklich auf keiner Seite mehr Freunde hat, zeigen auch die den Übungen zugrunde liegenden Szenarien – in einem rüstet man sich gegen kosovo-albanische Proteste, im anderen gegen solche der serbischen Bevölkerung.

Die Übung im Januar, an der mehrere hundert Soldaten und Polizisten teilnahmen, war an die Unruhen im März 2008 im mehrheitlich von Serben bewohnten Nordteil Mitovic angelehnt, als 500 Einsatzkräfte ein besetztes UN-Gerichtsbauwerk stürmten und dabei Tränengas und Blendgranaten einsetzten. In einem Soldatenblog findet sich folgende Beschreibung des NATO-EU-Manövers: „Das Szenario war eine Großdemonstration mit gewalttätigen Ausschreitungen und Übergriffen auf die Polizei, wie sie im Kosovo bislang vorkamen. Nachdem seit Dezember die EULEX die Verantwortlichkeit in einer Assistenzfunktion übernommen hat und das EULEX-Mandat gilt, das den kosovarischen Behörden die Verantwortlichkeiten in erster Linie überlässt, war auch der Übungsablauf der Mandatslage angepasst. Erst als die Kosovo Police von Umfang und Intensität der Lage ‚überfordert‘ war, kamen (second line) EULEX-Kräfte der Special Police als Unterstützung zum Einsatz, als auch für die Kosovo Police Units

und die EULEX-Police die Situation nicht zu bewältigen war, wurden (third line) KFOR Einheiten angefordert, die per Lufttransport heran geführt wurden und ins Geschehen eingriffen, so dass die Situation im Griff zu bekommen war.“¹⁹

Die zweite Übung fand Ende Februar statt und zielte augenscheinlich auf den kosovo-albanischen Bevölkerungsteil. Auf der Homepage des österreichischen Heeres wird das Szenario dieses beschönigend als „Ordnungseinsatz“ bezeichneten Manövers folgendermaßen wiedergegeben: „Eine unangekündigte aggressive Demonstration vor einem Kloster war Ausgangspunkt des Szenarios. In Zusammenarbeit mit der Kosovo-Polizei wurde versucht, die Demonstranten zu beruhigen. Diese wurden jedoch immer gewalttätiger und weigerten sich, sich zurück zu ziehen. Die vor Ort eingesetzten KFOR-Kräfte der Multinationalen Task Force Süd forderten daher Verstärkung an. Zusätzliche Soldaten wurden in mehreren Luftlandungen mit Hubschraubern herangeflogen. Zwei Militärhundeführer und ihre speziell ausgebildeten Diensthunde wurden ebenfalls eingeflogen, um bei einer weiteren Eskalation bereitzustehen. Durch die Verstärkung aus der Luft wurden die aggressiven Demonstranten unter Kontrolle gebracht.“²⁰ Über eine dritte für den 13. März vorgesehene Übung war bislang noch nichts Näheres in Erfahrung zu bringen. Aus einer EULEX-Vorankündigung geht jedoch hervor, dass sie im Wesentlichen den beiden vorherigen geähnelt haben dürfte.²¹

In gewisser Weise ist diese Vorbereitung auf die Aufstandsbekämpfung auf traurige Weise folgerichtig und konsequent. Da man offensichtlich nicht gewillt ist, den Menschen eine soziale Perspektive zu geben, bleibt den Besatzern letztlich nur der Rückgriff auf Gewalt – im Kosovo und anderswo.

Anmerkungen

¹ Klein Naomi: Die Schickstrategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus, Frankfurt 2009, S. 457f. Hervorhebung JW.

² Naumann, Klaus: Der Gewalt nicht nachgeben. Erfahrungen aus dem Kosovo-Einsatz, in: Truppenpraxis, Wehrausbildung, 11/99, S. 732-742, S. 736.

³ Independent International Commission on Kosovo, Kosovo Report 2000.

⁴ Hofbauer, Hannes: Experiment Kosovo. Die Rückkehr des Kolonialismus, Wien 2008, S. 116.

⁵ Ebd., S. 160.

⁶ Vorbildcharakter hatten die Wirtschafts„reformen“ im Übrigen auch dahingehend, dass sie nahezu in identischer Form später dem Irak und Afghanistan verordnet wurden.

⁷ Privatisation Agency of Kosovo, URL: <http://www.pak-ks.org/?id=59>

⁸ Hofbauer 2008, S. 168.

⁹ World Bank: Kosovo Poverty Assessment Report, URL: <http://tinyurl.com/c2pngc>

¹⁰ Hofbauer 2008, S. 167.

¹¹ Ebd., S. 221.

¹² Ebd., S. 231.

¹³ Ebd., S. 240.

¹⁴ Ebd., S. 218.

¹⁵ Ebd., S. 183.

¹⁶ Sadiku, Agron: Kosova - Die Flat-Tax begünstigt nur die Reichen, Kosova aktuell, 29.07.2008.

¹⁷ Allein deshalb in Vetevendosje eine linke, progressive Kraft zu sehen, wie es teilweise geschieht, ist zumindest umstritten. So gibt es durchaus kritische Stimmen, die dies in Frage stellen. Vgl. etwa Oschlies, Wolf: Albin Kurti: Mit wohlbekanntenen Methoden auf dem Weg nach Groß-Albanien, in: Eurasisches Magazin, 30.07.2006.

¹⁸ Joint Press Statement by the United States of America and the European Union on US participation in the EULEX mission in Kosovo, Council of the European Union, Brussels, 22 October 2008, 14619/08 (Presse 295).

¹⁹ Erste KFOR-EULEX Übung - ein reales Szenario, <http://tinyurl.com/c5j8kq>; Ein Video der Übung findet sich hier: <http://www.eulex-kosovo.eu/?id=29&v=14>; Vgl. für die Beschreibung der KFOR: „Great Coordination“ in the First-ever Joint Kosovo Force (KFOR) – European Union Rule of Law Mission in Kosovo (EULEX) Exercise, NATO, 27.01.2009: <http://www.nato.int/kfor/docu/inside/2009/01/i090127a.htm>

²⁰ KFOR übt Ordnungseinsatz - Crowd and Riot Control, Österreichisches Bundesheer, 25.02.2009, <http://www.bundesheer.at/aus/kfor/artikel.php?id=2740>

²¹ „Die dritte und letzte dieser Serie an Übungen wird am 13. März stattfinden, wo das Szenario sein wird, dass die Kosovo-Polizei, unterstützt von EULEX-Polizeispezialeinheiten [sprich Paramilitärs] eine Situation öffentlicher Unruhe kontrolliert und sich die KFOR darauf vorbereitet, die Situation zu übernehmen, sollte die Lage außer Kontrolle geraten.“ Vgl. EULEX and KFOR train at Camp Vrello, EULEX, 27.02.2009, <http://tinyurl.com/dmcwfs>



Herausgeber ist die Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.
Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wieder. Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen, www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de, Tel. 07071/49154